Engagement für Stahl

Jahresbericht 2022

Stahl | Wirtschaftsvereinigung Stahl

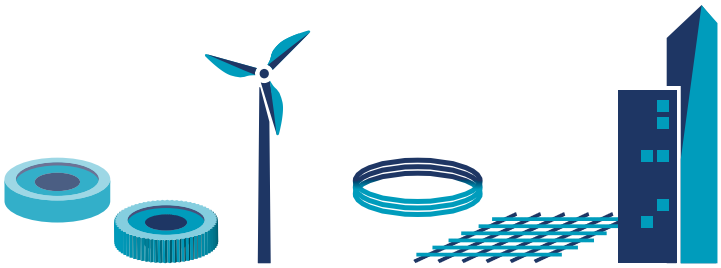
2022
Auf einen Blick

Die WV Stahl hat sich 2022 mit rund
30 Positionspapieren und
40 Stellungnahmen
in politische Entscheidungsprozesse eingebracht.

Bereits über
3.000 Nutzer:innen folgen der WV Stahl auf **LinkedIn** und informieren sich über politische Themen der Stahlindustrie.

Mit mehr als **30 Pressemitteilungen** hat die WV Stahl die mediale Berichterstattung über den Werkstoff Stahl deutlich mitgeprägt.

Grüne Transformation und Kreislaufwirtschaft
sind die Bausteine einer klimaneutralen Stahlindustrie.



Die Stahlindustrie ist Enabler für
nachhaltige Wertschöpfung.

SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS

Die Stahlindustrie in Deutschland weist im internationalen Vergleich entlang ihrer Liefer- und Wertschöpfungsketten
die geringsten Nachhaltigkeitsrisiken auf.

GREEN STEEL MADE IN GERMANY

Das von der WV Stahl vorgeschlagene
Label-System für grünen Stahl ist eine wichtige Voraussetzung für
grüne Leitmärkte.

H_2

Im Jahr 2030 benötigt die Stahlindustrie in Deutschland
600.0000 t an
grünem Wasserstoff.

Engagement
für Stahl

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2022 verträgt keine „Bilanz“. Entscheidende Umbrüche und unvergleichliche Herausforderungen prägen diese Monate. Vermutlich wird es erst in der Rückschau möglich sein zu erfassen, wie sehr dieses Jahr unser Land und Europa verändert hat. Auch der Blick nach vorne ist nicht einfach und viele entscheidende politische Themen für die Stahlindustrie haben einen offenen Ausgang, während ich diese Zeilen im November schreibe.

Erinnern wir uns: Die neue Bundesregierung war mit großen Ambitionen in das Jahr gestartet. Robert Habeck als Minister für Wirtschaft und Klimaschutz gab im Januar die Losung aus, das Tempo bei der Emissionsminderung zu verdreifachen. Gleichzeitig warteten die Unternehmen der Stahlindustrie auf grünes Licht aus Berlin und Brüssel für ihre Pläne zur Transformation. Das Ziel einer klimaneutralen Stahlindustrie bis 2045 war klar gesetzt und 2022 sollten die entscheidenden Rahmenbedingungen dafür abgesteckt werden.

Seit dem 24. Februar erleben wir in Europa nun eine ernsthafte Bewährungsprobe. Der bis heute andauernde russische Angriffskrieg bedroht nicht nur die Existenz der Ukraine, sondern auch die europäische Friedensordnung und unsere freie Art zu leben. Die Europäische Union hat zum Erstaunen mancher Einigkeit bewiesen und dazu beigetragen, dass sich die Ukraine in dieser beispiellosen Situation behaupten konnte.

Der Krieg hat auch wirtschaftliche Folgen. Die Explosion der Energiekosten als unmittelbare Folge des Kriegs steht im Mittelpunkt, wenn Menschen heute sorgenvoll in die Zukunft blicken. Das gilt auch für die Wirtschaft und insbesondere Grundstoffindustrien mit ihrem hohen Energiebedarf wie die Stahlbranche.

Heute stehen wir vor einer Weggabelung: Wenn die Unternehmen nicht deutlich von den immens gestiegenen Energiekosten entlastet werden, drohen sie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Produktion würde sich in Weltregionen mit günstigeren Bedingungen verlagern, wie sie in den USA oder in Asien mit erheblich geringeren Energiekosten zu finden sind. Deutschland ginge in einen „Winter der Deindustrialisierung“, der unser industrielles Erfolgsmodell mit seinen vielfältigen Wertschöpfungsketten vom Stahl bis zu hochkomplexen Endprodukten erodieren ließe.

Wie gelingt es, dieses Szenario zu verhindern und den Weg in die Zukunft fortzusetzen? Branchen wie die Stahlindustrie und ihre Wertschöpfungskette stehen am Beginn einer tiefgreifenden Transformation zur Klimaneutralität, an deren Ende eine starke Industrie wettbewerbsfähig bleiben und dauerhaft Beschäftigung sichern kann.

Was dafür zusammenkommen muss, sind Entlastungen für die explodierenden Energiekosten, nachhaltige Lösungen für wettbewerbsfähige Energiepreise, ein noch massiverer Ausbau erneuerbarer Energien für grünen Strom und grünen Wasserstoff sowie der nötige Rückenwind der politischen Entscheider in Berlin und Brüssel. Gerade auf der europäischen Ebene fehlt es daran noch deutlich.

Ich lade Sie herzlich dazu ein, diese Themen auf den folgenden Seiten unseres Jahresberichts zu vertiefen. Dort finden Sie auch die vielfältige Palette der weiteren Fragen, die unseren Verband auch in diesem besonderen Jahr 2022 weiter beschäftigt und zu denen wir uns eingebracht haben; von der Außenhandels- bis zur Energie- oder Umweltpolitik, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Sprechen Sie uns gerne an, wenn Sie Fragen dazu haben.

Mit freundlichem Gruß und den besten Wünschen

Hans Jürgen Kerkhoff
Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl
im November 2022

Engagement für Stahl
Jahresbericht 2022

2 Auf einen Blick

3 Editorial

4 Inhalt

6 **Stahljahr 2022**
Zeitenwende, Energiekrise und Transformation

13 **Politische Themen**
2022

14 **Stahlproduktion in Deutschland**
sichert nachhaltige Wertschöpfung

16 **Stahl global**
Alles auf grün?

18 **Grüner Stahl**
für grüne Wertschöpfungsketten

20 **Chancen und Herausforderungen**
im außenwirtschaftlichen Umfeld

22 **Wasserstoffpolitik**
im Zeichen von Krise und Aufbruch

24 **Wechselwirkungen**
Zentrale Herausforderung der Umweltpolitik

26 **Klartext in Berlin und Brüssel**
Neue Krise – wiederkehrende Möglichkeiten

30 **Zwei Branchen, ein Anliegen**
#wirsindkreislaufwirtschaft

31 **Veröffentlichungen**
2022

32 **Wirtschaftsvereinigung Stahl**
Stimme für die Stahlindustrie in Deutschland

33 **Ansprechpartner*innen**
der Wirtschaftsvereinigung Stahl

34 **Mitgliedsunternehmen**
der Wirtschaftsvereinigung Stahl

Impressum

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Französische Straße 8
10117 Berlin
Deutschland
Tel. +49 30 232 5546-0
info@wvstahl.de
www.stahl-online.de

Redaktion:
Kommunikation, Wirtschaftsvereinigung Stahl
Layout, typesetting:
etcetera Werbeagentur, Aachen
Foto Titelseite:
© iStock.com/gremlin

Copyright:
Wirtschaftsvereinigung Stahl
Berlin, November 2022

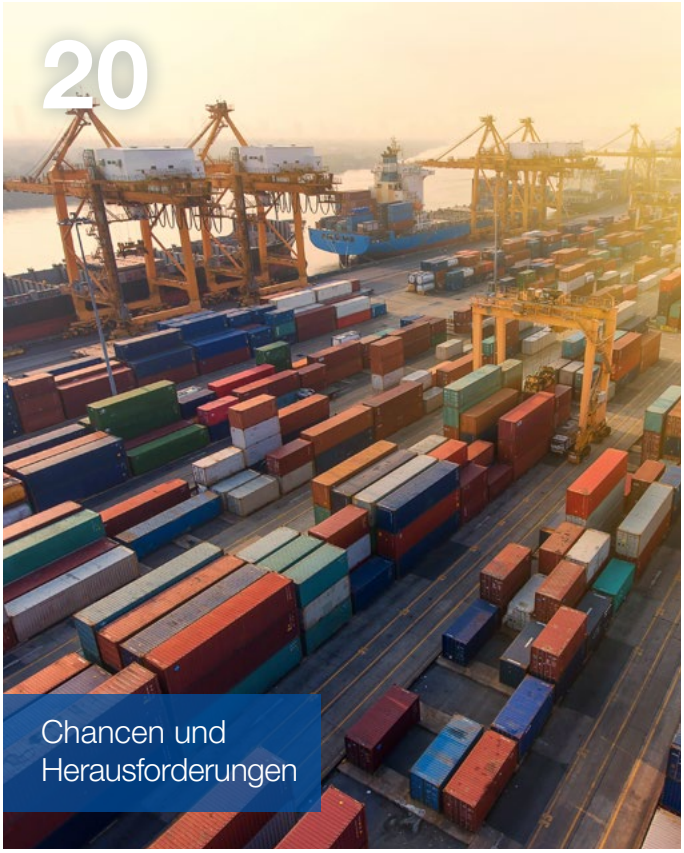
6
Zeitenwende, Energiekrise und Transformation

© Adobe Stock/CUKMEN

16
Alles auf grün?

© Adobe Stock/keilifamily

18
Grüner Stahl für grüne Wert-schöpfungsketten


20
Chancen und Herausforderungen

© iStock.com/MAGNIFIER

22
Wasserstoffpolitik

© iStock.com/Petmal

26
Klartext in Berlin und Brüssel

© iStock.com/Pogonici

Stahljahr 2022
Zeitenwende, Energiekrise und Transformation

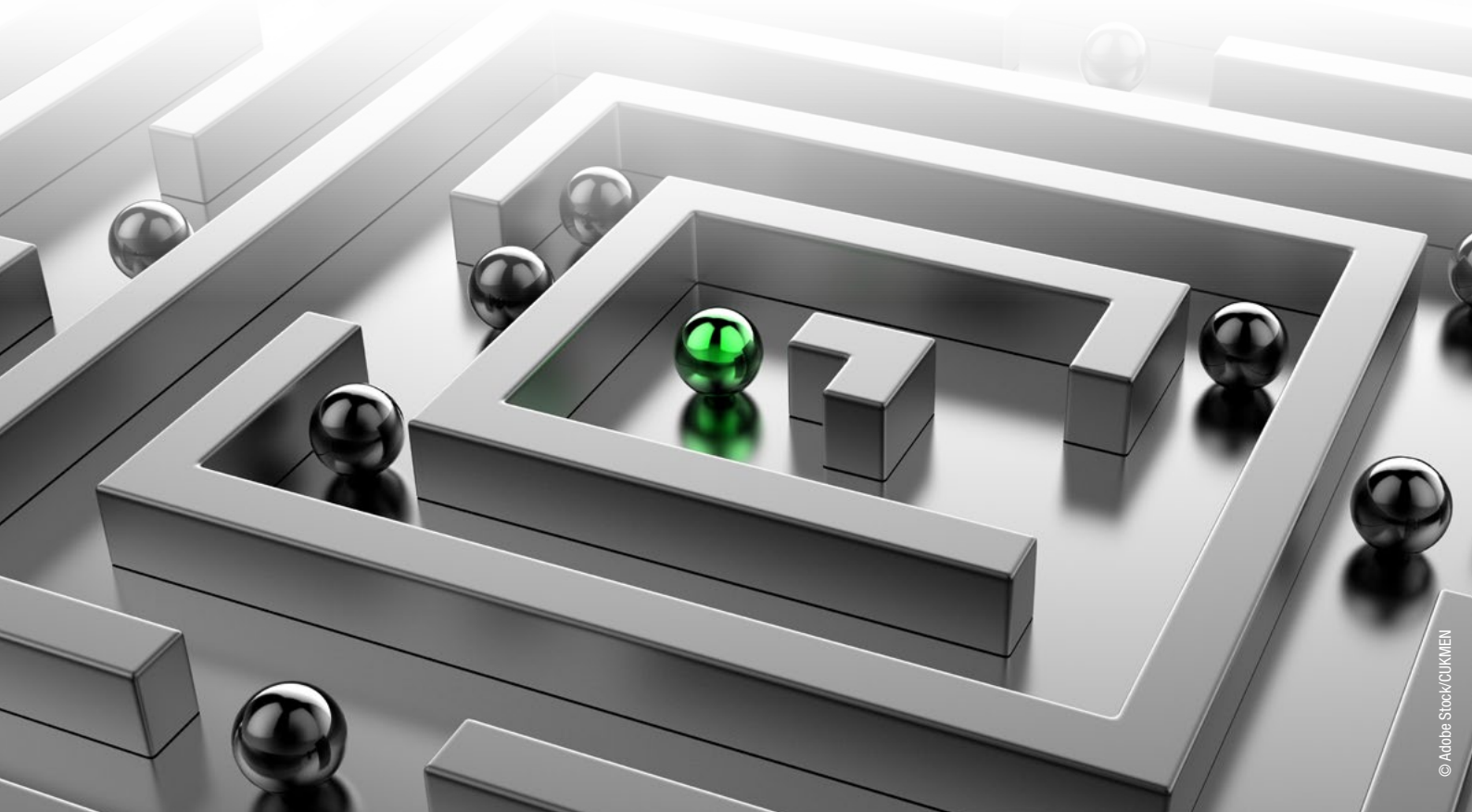
2022 versprach das Jahr zu werden, in dem der politische Rahmen für eine erfolgreiche Transformation durch die neue Bundesregierung festgezurrt werden sollte. Folglich eine entscheidende Zeit für die Stahlindustrie in Deutschland, will sie doch mit ihren Dekarbonisierungsprojekten durchstarten. Und auch konjunkturell gab es ein leicht positives Signal: Erstmals seit drei Jahren war die Rohstahlproduktion wieder angestiegen und landete knapp über der 40-Millionen-Tonnen-Grenze. Doch mit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar änderte sich nicht nur die politische Agenda schlagartig. Seitdem gilt es, eine so noch nie dagewesene Energiekrise zu bewältigen. Und auch die konjunkturellen Auswirkungen sind nicht zu übersehen: Lieferkettenprobleme und eine schleppende Weltkonjunktur belasten die Entwicklung bei wichtigen stahlverarbeitenden Branchen in Deutschland und Europa. Dies hinterlässt auch merkliche Bremsspuren in den Mengenindikatoren der Stahlindustrie.

Vor diesem Hintergrund wird die Mammutherausforderung Transformation in Richtung Klimaneutralität noch weit größer. Trotzdem halten die Unternehmen an ihren Plänen fest: Das Ziel, bis 2030 erhebliche Mengen CO_2 einzusparen, bleibt bestehen – ebenso, dass nun rasch unterstützende Rahmenbedingungen auf den Weg gebracht werden müssen.

Bremsen lösen – ambitionierter Start der Ampelregierung

Die neue Bundesregierung startete in das Jahr 2022 mit ehrgeizigen Plänen zu Klimaschutz und Transformation. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, sprach bei der Vorstellung seiner Eröffnungsbilanz im Januar von einer nötigen Verdreifachung der Geschwindigkeit bei der Emissionsminderung, um die gesetzten Ziele realisieren zu können. Von rund 15 Millionen Tonnen CO_2-Reduktion als Durchschnitt des letzten Jahrzehnts sollte Deutschland demnach auf 36 bis 41 Millionen Tonnen pro Jahr bis 2030 kommen. Dafür versprach die Politik Bremsen zu lösen, die eine Transformation zur Klimaneutralität bisher verlangsamt hätten.

Erste wichtige Rahmenbedingungen für die Transformation und den Ausbau der erneuerbaren Energien wurden im sogenannten Osterpaket auf den Weg gebracht, weitere im darauffolgenden Sommerpaket. Dazu sollte auch ein Regelwerk für Klimaschutzverträge (Carbon Contracts for Difference, CCfDs) zählen – ein Instrument, mit dem die Mehrkosten für eine grüne Stahlproduktion ausgeglichen werden können. Genau darauf warten die Stahlhersteller mit ihren milliardenschweren Dekarbonisierungsprojekten, um bei der



© Adobe Stock/CUKMEN

© BMWK / Andreas Mertens

Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck stellt die Eröffnungsbilanz Klimaschutz vor

„Wir werden die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für die Bereitstellung von Klimaschutzdifferenzverträgen (Carbon Contracts for Difference) als zentrales Instrument zur Unterstützung der Transformation in der Industrie schaffen. Für den Einstieg in klimaneutrale Produktionsverfahren benötigt die Industrie einen verlässlichen Förder- und Investitionsrahmen."

Dr. Robert Habeck
Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz und Vizekanzler
Pressemitteilung BMWK, 11.01.2022

Transformation durchstarten zu können. Sie wollen ihre vorhandenen Potenziale zu einer erheblichen CO_2-Reduktion durch Investitionen in neue Produktionsverfahren heben und dadurch zum gesamtgesellschaftlichen Anliegen Klimaschutz beitragen. Dafür brauchen sie vor allem Handlungssicherheit von Seiten der politischen Entscheider.

Die Voraussetzungen dafür sind gegeben: Die Politik hat in weiten Teilen erkannt, dass gerade die Stahlindustrie über eine gewaltige Hebelkraft für Emissionsminderungen verfügt. Schließlich kann die Branche mit den richtigen Rahmenbedingungen schon bis 2030 ein Drittel ihrer CO_2-Emissionen einsparen. Gleichzeitig verfügt die Stahlindustrie über die beste Bilanz für eingesetzten klimaneutralen Wasserstoff: Mit jeder eingesetzten Tonne lassen sich 28 Tonnen CO_2 einsparen. Damit ist die Stahlindustrie im Vergleich zu anderen Branchen in der Spitzenposition und bietet den besten Wechselkurs im Verhältnis von eingesetzten Mitteln und erzieltem Klimaschutz.

Bereits früh im Jahr wird jedoch deutlich, dass der vermeintliche deutsche „Transformationsturbo" durch Brüssel ausgebremst werden könnte. Denn dem Green Deal als Rahmenwerk für die Dekarbonisierung fehlt bislang eine industriepolitische Perspektive. Im Fit-For-55-Paket sind viele Fragezeichen aufzulösen – vom EU-Emissionsrechtehandel bis hin zur Ausgestaltung der europäischen Rahmenbedingungen für Wasserstoff und grünen Strom. Gerade die Pläne zur Einführung eines noch unerprobten CO_2-Grenzausgleichs (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) mit einer gleichzeitigen Abschmelzung der freien Zertifikate im EU-Emissionsrechtehandel drohen zu erheblichen Mehrbelastungen für die Unternehmen zu führen und so die Transformation erheblich zu erschweren. Auch die Freigabe von wegweisenden Wasserstoffprojekten im Rahmen der IPCEIs (Important Projects of Common European Interest) seitens der EU-Kommission lässt teilweise bis heute auf sich warten. Es gibt also viele Themen, bei denen es auf eine entschiedene Unterstützung der Bundesregierung ankommen sollte.

Krieg und Zeitenwende

Mit dem 24. Februar änderte sich das Umfeld grundlegend. Der russische Angriff auf die Ukraine führt zu bisher im Nachkriegseuropa unvorstellbarem Leid, schnell aber auch zu einer

großen Solidarität mit den betroffenen Menschen und Widerstandswillen gegen die Verantwortlichen. Bundeskanzler Olaf Scholz sprach noch im Februar von einer Zeitenwende, die u. a. ein Umsteuern bei der Importabhängigkeit von einzelnen Energielieferanten wie Russland bedeute. Eine verantwortungsvolle Energiepolitik sei nicht nur entscheidend für unsere Wirtschaft und unser Klima, sondern auch für unsere Sicherheit. In der Tat war der Anteil Russlands an der deutschen Gasversorgung bis 2021 auf einen Anteil von 55 Prozent gestiegen. Jetzt kommt es darauf an, diese Energieabhängigkeit so rasch wie möglich zu beenden und zugleich Schäden für Wirtschaft, Industrie und Beschäftigte zu vermeiden.

Die strategische Resilienz Europas wird zu einem vielzitierten Stichwort. In diesem Zusammenhang bekommt die Transformation zur Klimaneutralität weg von fossilen Energien eine neue, eine sicherheitspolitische Dimension. Der Werkstoff Stahl und intakte Wertschöpfungsketten sind dafür unverzichtbar, gerade um kurzfristig Versorgungsabhängigkeiten zu reduzieren. Kritische Infrastrukturen wie Pipelines für eine sichere Energieversorgung oder Windräder für grünen Strom gibt es nur mit Stahl.

Deutlich wurde aber auch, dass die Auswirkungen des Kriegs Deutschlands Wirtschaft stark treffen würden. Dies gilt für die erlassenen Sanktionen und Gegensanktionen, einbrechende Umsätze und Lieferengpässe bei wichtigen Rohstoffen und Vorprodukten bei gleichzeitig stark wachsenden Kosten. Über die vielfältigen Liefer- und Wertschöpfungsketten ist nach den Monaten des fortdauernden Kriegs nahezu jedes Unternehmen und jede Branche betroffen, wobei die indirekten Folgen noch viel massiver für die gesamte deutsche Wirtschaft sind als die direkten Auswirkungen.

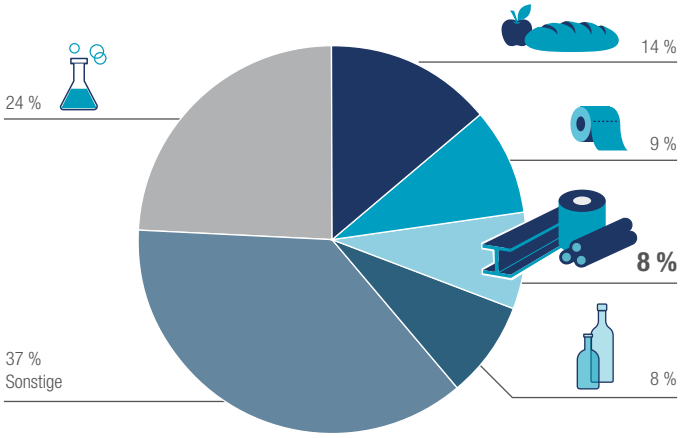
Erdgas und Stahl

Sehr schnell rückte für die Stahlindustrie und weitere energieintensive Branchen die Gasversorgung in den Vordergrund. Schließlich verbraucht die Stahlindustrie in Deutschland jährlich rund 2 Mrd. m^3 Erdgas pro Jahr und macht damit 2,3 Prozent des gesamten Erdgasverbrauchs in Deutschland aus. Diese Menge entspricht etwa dem Bedarf der Bevölkerung der beiden Großstädte Berlin und München.

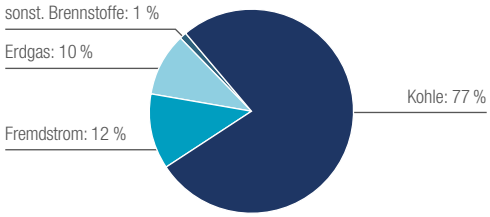
Kurzfristig ist Erdgas in der Stahlproduktion und auch -weiterverarbeitung kaum ersetzbar. Es wird hier im Wesentlichen zur Erzeugung von Prozesswärme eingesetzt, beispielsweise zur Heißwinderzeugung am Hochofen, zur Unterfeuerung der Kokereien und für Wiedererwärmungsöfen in den Walzwerken.

Mit einem Brief an die Politik schlägt die WV Stahl Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise vor.

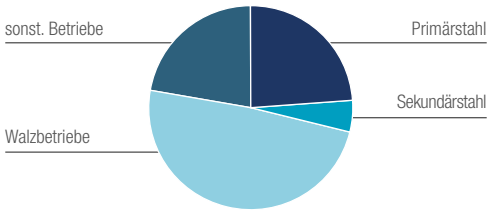
Erdgaseinsatz nach Industriezweigen



Energieträger Stahlindustrie



Einsatzbereiche von Erdgas



Quelle: AGEB, BDEW und BMWK

Trotzdem konnte die Stahlindustrie ihren Erdgasverbrauch im ersten Halbjahr um insgesamt ca. 14 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum senken. Diese eingesparten Gasmengen haben bereits geholfen, die Speicher zu füllen und auf diese Weise eine mögliche spätere Mangelsituation zu entlasten. Damit haben die Betriebe ihre Potenziale allerdings weitgehend ausgeschöpft. Weitere Einsparungen durch technische Maßnahmen oder einen Brennstoffwechsel sind kaum noch möglich.

Wenn es zu einer Rationierung der Gasmengen kommen sollte, muss sichergestellt werden, dass die Lieferketten so weit wie möglich intakt gehalten werden und die Stahlindustrie weiter ihren Beitrag zur Versorgung der Industrie mit dem Basisgrundstoff Stahl erbringen kann. Vorleistungen durch bereits erfolgte Einsparungen müssen anerkannt werden.

Explodierende Energiekosten

Neben einer drohenden Erdgasrationierung hat sich die Energiekostenexplosion für die Stahlindustrie zu einer existenziellen Belastung entwickelt: In der Spitze musste die Branche im Herbst 2022 mit jährlichen Mehrkosten von über 10 Milliarden Euro im Vergleich zum Anfang des Vorjahrs rechnen. Dies entspricht rund einem Viertel des Umsatzes, den die Stahlindustrie in Deutschland in den vergangenen Jahren durchschnittlich erzielt hat. Zudem sind die Erdgaspreise um ein Vielfaches höher als in den USA und auch weit höher als in Asien. Entsprechendes gilt für die Stromkosten. Beides zusammen bedeutet eine wachsende Gefahr für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Stahlstandorts und der Wertschöpfungsketten.

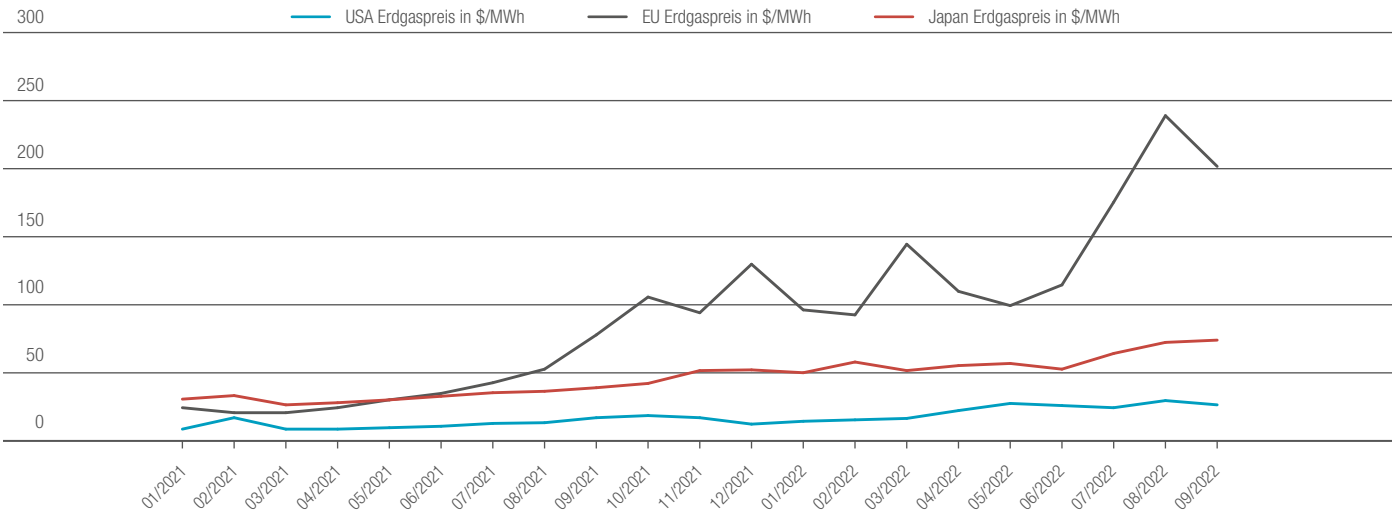
Erste Antworten der Politik

Um den drastischen Energiepreisanstieg zu dämpfen, hat die Bundesregierung einen Abwehrschirm in Höhe von 200 Milliarden Euro und die Einführung einer Gas- und Strompreisbremse beschlossen. Für jeweils 70 Prozent einer Verbrauchsmenge sollen die Gas- und Strompreise durch staatliche Zuschüsse gedeckelt werden. Auch wenn diese Maßnahmen für energieintensive Industrien wie die Stahlindustrie bei weitem noch nicht zu einem Energiepreisniveau führen, mit dem internationale Wettbewerbsfähigkeit hergestellt wird, so sind sie ein wichtiger Schritt zur Überbrückung der akuten Krise und daher grundsätzlich zu begrüßen. Ziel ist, die energieintensiven Industrien und die industriellen Wertschöpfungs- und Lieferketten zu erhalten und nachhaltige Schäden an der industriellen Basis abzuwenden. Dafür müssen die geplanten Entlastungen bei den Energiepreisen für die Unternehmen schnell, unbürokratisch und in ausreichendem Umfang ankommen. Der von der EU-Kommission vorgelegte angepasste temporäre Krisenbeihilferahmen stellt die Umsetzung der Gas- und Strompreisbremse für die energieintensiven Industrien jedoch weiterhin vor massive Hürden. Hierfür müssen dringend Lösungen gefunden werden.

Die vorgesehenen Preisdeckelungen für Strom und Gas sind ein wichtiger erster Schritt zur Überbrückung der akuten Krise. Sie führen aber auf Dauer im internationalen Vergleich, etwa zu den USA oder auch dem mittleren Osten, nicht zur Wettbewerbsfähigkeit und dürfen daher nicht das Preisniveau im „neuen Normal“ darstellen.

Für die mittlere und lange Sicht sollte die Bundesregierung daher Zielkorridore für künftige Gas- und Strompreise

Entwicklung der Erdgaspreise im Ländervergleich



Der dramatische Energiekostenanstieg wirkt sich auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie aus. In anderen Regionen der Welt müssen Industrieunternehmen deutlich weniger für Energie bezahlen.

Quelle: Worldbank, Umrechnung durch WV Stahl

beschreiben, die sich am durchschnittlichen Niveau der Energiepreise großer Industrieländer außerhalb der EU bemessen. Um dies zu erreichen, müssen mittel- und langfristig für die Strom- und Gasmärkte systemische Lösungen entwickelt werden, um in Deutschland und der EU auf Dauer international wettbewerbsfähige Energiepreise für energieintensive Grundstoffindustrien wie den Stahl zu ermöglichen und die Basis für die Transformation hin zu einer klimaschonenden Stahlerzeugung zu legen.

Wertschöpfungsketten unter wachsendem Druck

Deutschlands industrielles Geschäftsmodell beruht auf eng miteinander verzahnten Produktionsstufen; von Basisindustrien wie Stahl bis hin zu komplexen Endprodukten wie Maschinen und Fahrzeugen, die den Erfolg von „Made in Germany“ ausmachen. Diese Wertschöpfungsketten geraten mit der Energiekrise immer stärker unter Druck und bekommen an ersten Stellen Risse. Es drohen Verwerfungen, mit denen dauerhaft industrielle Strukturen zerstört werden, die Deutschland für seinen langfristigen Wohlstand braucht.

In dieser Situation kommt es darauf an, energieintensive industrielle Produktion in Deutschland zu halten und eine Verlagerung der Wertschöpfung in Länder mit billigerer Energie zu verhindern. Schließlich sind energieintensive Produktionsprozesse fest in leistungsfähige Wertschöpfungsverbünde integriert. Diese heute zu kappen, hätte massive Auswirkungen auf die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit zahlreicher anderer Branchen.

Eine Studie von IW Consult weist auf einen weiteren Faktor hin: Demnach ist gerade die Stahlindustrie in Deutschland von besonders niedrigen Nachhaltigkeitsrisiken in ihren Liefer- und Wertschöpfungsketten geprägt. Mit ihrer besonderen Stellung am Beginn der industriellen Wertschöpfung hat die Stahlindustrie in Deutschland nicht nur eine erhebliche wirtschaftliche, sondern auch ökologische und soziale Bedeutung für das nachgelagerte verarbeitende Gewerbe.

Stahlindustrie steht zur Transformation und Klimaneutralität

Auch wenn die Energiekrise die Stahlindustrie zu einer Zeit trifft, in der sie alle Kraft für ihren Weg in die Klimaneutralität benötigt: Die Stahlunternehmen halten an ihren Dekarbonisierungsplänen fest. Richtig ist aber auch, dass nun die Politik noch stärker gefragt ist, die Rahmenbedingungen für die Transformation angesichts der Zeitenwende auch über unmittelbare Hilfsmaßnahmen zur Energiekrise hinaus weiter anzupassen. Ein beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien ist dafür von entscheidender Bedeutung. Grüner Strom und Wasserstoff müssen in ausreichender Menge und zu wettbewerbsfähigen Preisen der Stahlindustrie zur Verfügung stehen, damit die Transformation gelingen kann. Dafür braucht es den schnellen Auf- und Ausbau von inländischen Erzeugungskapazitäten sowie, besonders für Wasserstoff, die Schaffung von Importmöglichkeiten. Bis das in ausreichendem Maße der Fall ist, wird auch Erdgas in der Übergangszeit noch eine Rolle spielen müssen.

Klimaschutzverträge und grüne Leitmärkte

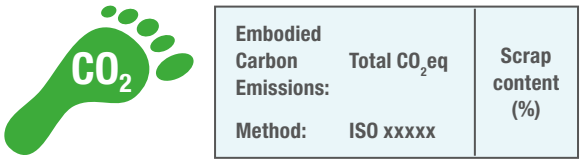
Ein entscheidendes Element für die Transformation sind Klimaschutzverträge, wie sie von der Bundesregierung schon in der nationalen Wasserstoffstrategie und im Koalitionsvertrag angekündigt wurden. Sie dienen dazu, die Mehrkosten der CO_2-armen Produktionsverfahren im laufenden Betrieb auszugleichen, so dass sich Investitionen in klimafreundliche Produktionsverfahren rechnen. Zur Absicherung dieser Investitionen sind sie unerlässlich, da klimafreundlicher Stahl derzeit noch nicht wettbewerbsfähig ist.

Über dieses Thema hinaus ist die Wirtschaftsvereinigung Stahl im Dialog mit der Politik zur Schaffung von grünen Leitmärkten. Diese spielen für klimaneutrale Grundstoffe wie grünen Stahl eine zentrale Rolle, um die industrielle Transformation auf der Nachfrageseite voranzubringen. Gleichzeitig verringern sie den Bedarf an staatlicher Anschubfinanzierung so lange, bis diese schließlich überflüssig wird.

Solche Märkte für klimafreundliche Produkte können sich nur dann entwickeln, wenn sie auf klaren Definitionen für grünen Stahl aufbauen. Zentral ist insbesondere, dass für jeden Abnehmer erkennbar sein muss, welche CO_2-Emissionen in einem Stahlfertigprodukt enthalten sind. Die WV Stahl hat im Dialog mit zahlreichen Stakeholdern einen Vorschlag für ein

© Adobe Stock/Alexandra Lande

Bausteine des Label-Systems Grüner Stahl



Product Carbon Footprint

- **Transparenz über CO_2-Gehalt** eines spezifischen Stahlprodukts
- Bilanzraum: Scope 1 – Scope 3U
- Ermöglicht dem **Kunden** ein **„Tracking" entlang der Wertschöpfungskette**
- Unternehmensspezifische Systemgrenze: **cradle to gate**

Klassifizierungssystem Grüne Stahlproduktion

- **Transparenz** über die Klimafreundlichkeit des **Produktionsprozesses**
- Bilanzraum: Scope 1 – Scope 3U (wesentlich/Cut-off 10%)
- Dient zur **politischen Steuerung von grünen Leitmärkten**
- Lässt Bilanzierung nur in **technisch begründeten Fällen** und **unter klar definierten Grenzen** zu
- Einheitliche Systemgrenze: **warmgewalzter Stahl**

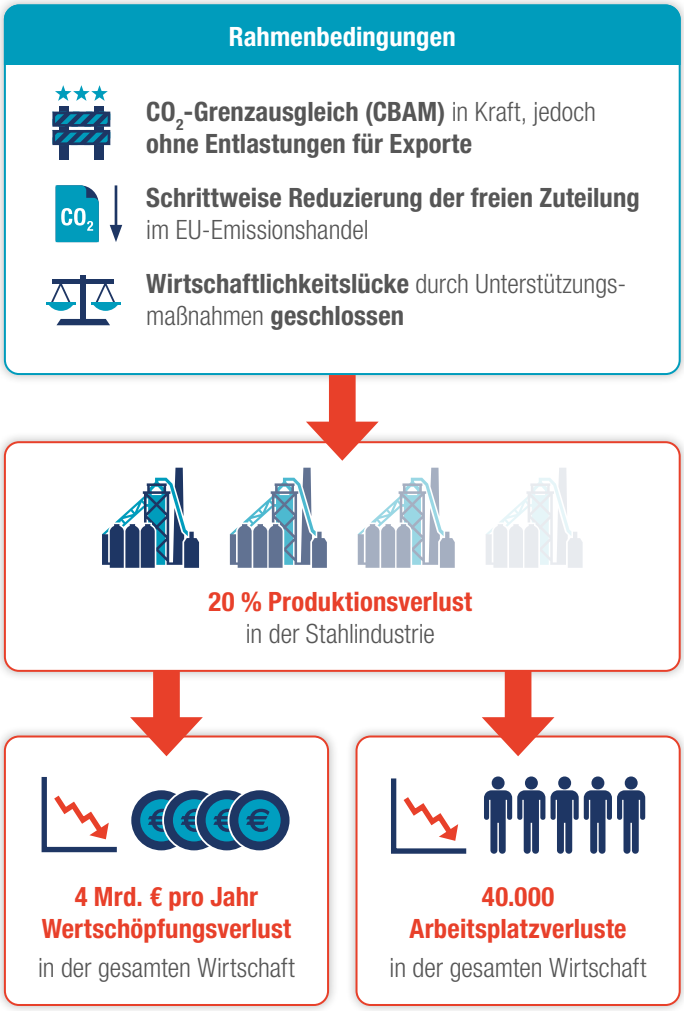
entsprechendes Labelsystem entwickelt, das darüber hinaus transformative Schritte hin zu CO_2-Emissionssenkungen im Gesamtsystem berücksichtigt. Im globalen Kontext wird dieses Thema mit der Internationalen Energie Agentur und den G7-Staaten im Rahmen ihrer Industrial Decarbonisation Agenda (IDA) diskutiert. Deutschland mit seinen starken industriellen Wertschöpfungsketten, in denen der Werkstoff Stahl eine entscheidende Rolle spielt, sollte diese Rahmenbedingungen entscheidend mitgestalten. Dann kann der Industrie- und Stahlstandort Deutschland ein führender Leitmarkt für grünen Stahl mit starken heimischen Unternehmen werden.

Drohende Belastungen aus Brüssel

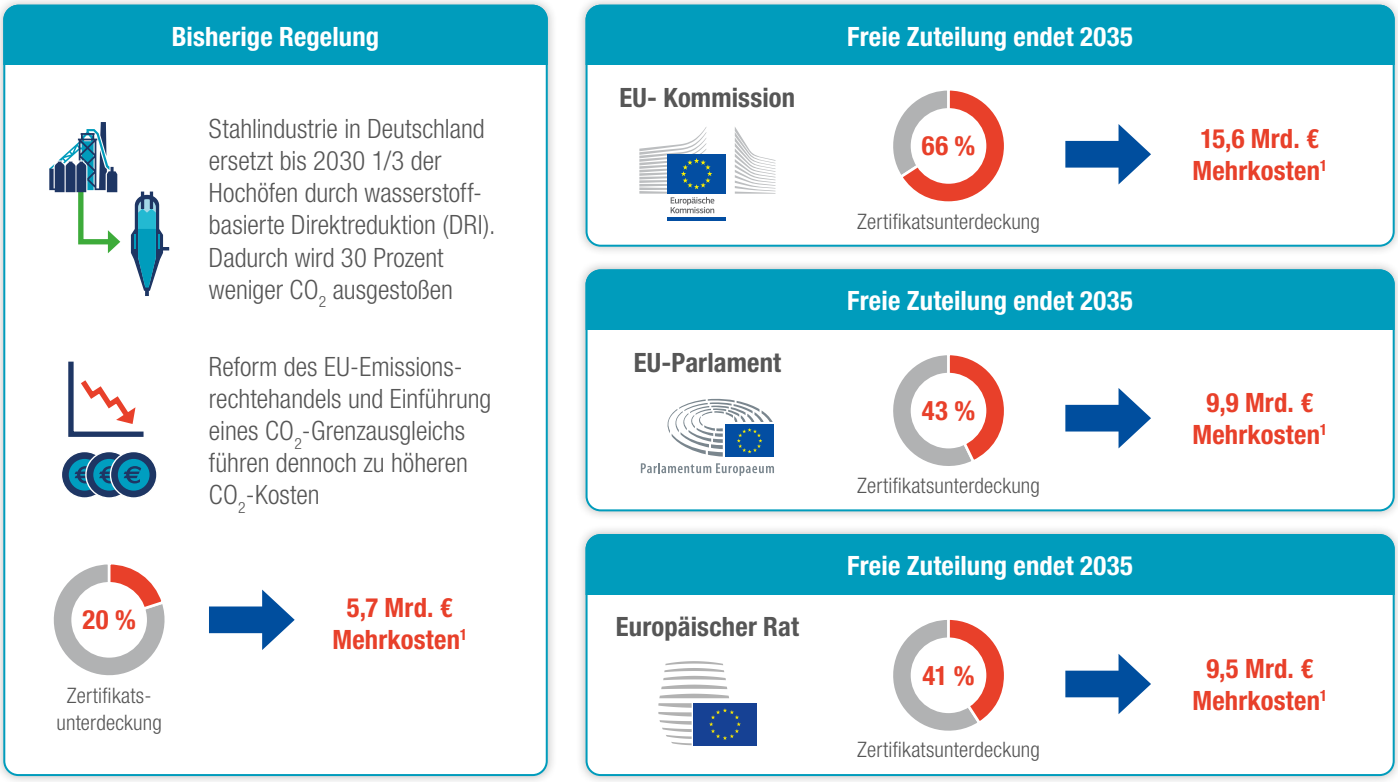
Unabhängig von Zeitenwende und Energiepreiskrise haben die Verhandlungen zu Green Deal und Fit for 55 ab Frühjahr 2022 in Brüssel an Fahrt aufgenommen. Im Zentrum stehen die Revision der Emissionshandelsrichtlinie und die Einführung eines CO_2-Grenzausgleichs (CBAM) im Rahmen des Fit-for-55-Pakets.

Eine von der Wirtschaftsvereinigung Stahl in Auftrag gegebene Studie der Prognos AG zeigt, dass eine erfolgreiche Transformation der Primärstahlproduktion möglich ist und bereits bis 2035 ein großer Teil der zum Erreichen von Klimaneutralität notwendigen Investitionen auf den Weg gebracht werden kann. Dies steht allerdings unter dem Vorbehalt, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Branche gewahrt und ein effektiver Carbon-Leakage-Schutz bereitgestellt wird. Die Pläne der EU-Kommission gefährden vor diesem Hintergrund den Erfolg der Transformation. Mit dem Abbau der freien Zuteilung bis 2035 und der Einführung eines nicht wirksamen CO_2-Grenzausgleichs würden Produktionskapazitäten in beträchtlichem Maße verloren gehen. Die Produktion wie die CO_2-Emissionen verlagerten sich damit

Fit-for-55-Vorschläge der EU-Kommission: Gefahr gravierender gesamtwirtschaftlicher Folgen



EU-Emissionsrechtehandel und CO_2-Grenzausgleich: hohe Belastungen drohen



[1]Mehrkosten im Zeitraum 2026-2030 bei einem CO_2-Preis von 100 €/t

Stand: Juli 2022

ins Ausland. Selbst bei idealtypischen Bedingungen drohen 40.000 Arbeitsplätze verloren zu gehen. Im schlimmsten Fall kollabiert die Hochofen-Konverter-Route, bevor die Transformation überhaupt starten kann. Ein Verlust von rund 200.000 Arbeitsplätzen und ein jährlicher Wertschöpfungsverlust von rund 20 Milliarden Euro wären laut Prognos die unmittelbare Folge.

Auch wenn die Verhandlungen in Europäischem Parlament und Rat sowie die Trilog-Gespräche Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag gebracht haben, drohen weiterhin erhebliche Mehrbelastungen von mehr als 9 Milliarden Euro im Zeitraum 2026 bis 2030. Es bleibt weiter zweifelhaft, ob dies durch einen wirksamen Grenzausgleich auch nur teilweise aufgefangen werden kann.

Es gilt abzuwarten, ob die veränderten Rahmenbedingungen angesichts von Zeitenwende und Energiekrise auf der EU-Ebene angekommen sind. Umso mehr bleibt die Bundesregierung gefordert, sich weiter für einen Erfolg der Transformation in Brüssel einzusetzen.

Was 2023 wichtig wird

Trotz aller Herausforderungen und Umbrüche des Jahres 2022 ist die industrielle Transformation auf der Agenda geblieben. Viele entscheidende politische Fragestellungen für die Stahlindustrie in Deutschland haben allerdings noch einen offenen Ausgang und verlangen nach weiteren Schritten im neuen Jahr – in Berlin ebenso wie in Brüssel. Deshalb muss 2023 das Jahr werden, in dem neben der Überwindung der akuten Energiekrise auch die für die Transformation zentralen Rahmenbedingungen mit Nachdruck fortgesetzt werden. Es geht zum einen darum, die Standortbedingungen für eine energieintensive Produktion in Deutschland und Europa so zu verbessern, dass sie auch perspektivisch wettbewerbsfähig bleiben kann. Zum anderen muss eine internationale Perspektive für den Absatz klimafreundlicher Grundstoffe wie Stahl geschaffen werden. Dies würde eine wirkliche industriepolitische Zeitenwende erfolgreich absichern.

„... die Transformation ... kann gelingen. Dies ist dann der Fall, wenn im Jahr 2045 im Vergleich zu heute annähernd gleich viel Stahl in Deutschland produziert wird und es keine Beschäftigungs- und Wertschöpfungsverluste gibt. Dafür müssen jedoch die politischen Rahmenbedingungen stimmen, mit denen auch Carbon Leakage, also die Verlagerung von CO_2-Emissionen ins Ausland, vermieden wird.“

Dr. Michael Böhmer
Chief Economist Corporate Solutions, Prognos AG
stahl-online.de, 14. April 2022

Politische Themen
2022

Diese Themen haben die Wirtschaftsvereinigung Stahl besonders beschäftigt.

Perspektive klimaneutrale Stahlindustrie

- EU Green Deal und Fit for 55
- Revision der EU-Emissionshandelsrichtlinie (ETS)
- Nationale Wasserstoffstrategie
- CO_2-Grenzausgleich (CBAM)
- Klimaschutzverträge
- Grüne Leitmärkte / Grünstahl-Definition

Energie- und Klimapolitk

- Energiepreiskrise
- Erdgasmangellage
- Novellierung Energiesicherungsgesetz (EnSiG)
- Revision Gasmarkt- und Gastransportregeln
- EEG-Novelle

Verkehr und Infrastruktur

- Einzelwagenverkehr
- Störungen in der Logistik
- Energiesicherungs-und Transportverordnung (EnSiTrV)

Forschungs- und Innovationspolitik

- Wasserstoff-IPCEIs
- Förderlandschaft Dekarbonisierung

Stahl im globalen Umfeld

- Internationale Klimaclubs
- Inflation Reduction Act
- Entwicklung der globalen Stahl-Überkapazitäten

Circular Economy

- Sustainable Product Initiative
- Ökodesign-Verordnung
- Abfallverbringungsverordnung
- Altfahrzeugrichtlinie
- Dokumentations- und Registrierpflicht des novellierten Verpackungsgesetzes

Außenhandelspolitik

- Revision EU-Safeguards
- Handelsschutzinstrumente
- Sanktionen gegen Russland

Recht- und Steuerpolitik

- Klima-, Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien (KUEBLL)
- Due Diligence und Sustainable Corporate Governance
- Energiesteuer-spitzenausgleich

Umweltpolitik

- Industrieemissionsrichtlinie (IED)
- Neue Umweltanforderungen gemäß Besten Verfügbaren Techniken (BVT)
- Europäisches Industrieemissionsportal
- Genehmigungsverfahren von Anlagen
- Luftqualitätsrichtlinie
- EU-Umwelthaftungsrichtlinie
- Taxonomie und Nachhaltigkeitsberichterstattung

Stahlproduktion in Deutschland sichert nachhaltige Wertschöpfung

In Deutschland werden jährlich rund 40 Millionen Tonnen Stahl nach dem neuesten Stand der Technik hergestellt. Dabei halten die Unternehmen die weltweit strengsten gesetzlichen Vorschriften ein und tragen somit maßgeblich auch zur Nachhaltigkeit bei ihren Kunden bei. Gerade für die Stahlindustrie sind die Anforderungen hoch: Schließlich ist die Produktion durch lange und komplexe Lieferketten gekennzeichnet und ein Großteil ihrer Vorleistungen stammt aus dem nichteuropäischen Ausland.

Indes weist die Stahlindustrie in Deutschland im internationalen Vergleich entlang ihrer Liefer- und Wertschöpfungsketten die geringsten Nachhaltigkeitsrisiken auf. Dies hat 2022 eine Studie von IW Consult im Auftrag der WV Stahl bestätigt, in der anhand von vier zentralen UN-Zielen (Sustainable Development Goals – SDGs) die Nachhaltigkeit der Wertschöpfungskette Stahl in Deutschland und den größten Wettbewerbsländern analysiert wurde.

Wie die Übersicht zeigt, sind die Nachhaltigkeitsrisiken in der deutschen Lieferkette deutlich geringer ausgeprägt als im nicht europäischen Ausland. Mit ihrer besonderen Stellung am Beginn der industriellen Wertschöpfung hat die Stahlindustrie in Deutschland somit nicht nur eine erhebliche wirtschaftliche,

© Pixabay/ValdasMiskinis

Nachhaltigkeitsranking der Wertschöpfungskette Stahl

Indikatoren Land I Ranking	8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTS-WACHSTUM Kinderarbeit und Einhaltung der Arbeitsrechte	12 VERANTWORTUNGS-VOLLE KONSUM- UND PRODUKTIONSMUSTER Nachhaltige Abfallwirtschaft und Brennstoffsubventionen	13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ CO_2-Intensität	16 FRIEDEN, GERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN Korruption und Governance
Deutschland	1	1	2	1
Japan	2	3	1	2
USA	3	5	3	3
Südkorea	4	2	4	4
Brasilien	6	4	6	7
China	7	6	7	6
Türkei	8	7	5	8
Russland	5	9	8	9
Indien	9	8	9	5

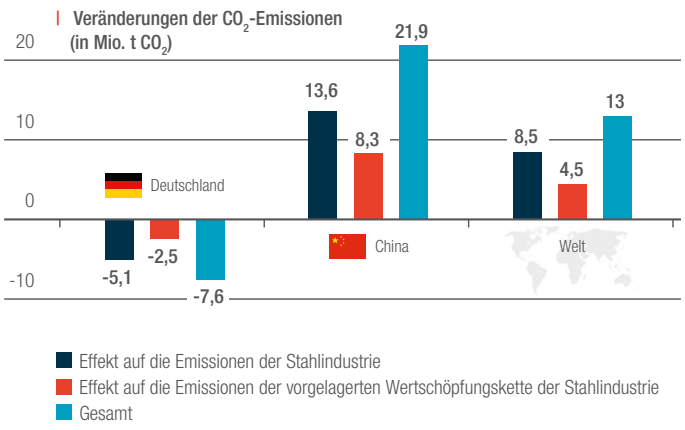
Quelle: IW Consult

Im Vergleich mit den größten Wettbewerbsländern weist die Stahlproduktion in Deutschland die höchste Nachhaltigkeit entlang der Lieferkette auf.

sondern auch ökologische und soziale Bedeutung für das nachgelagerte verarbeitende Gewerbe. Umgekehrt wäre die Abwanderung der Stahlproduktion in andere Weltregionen für diese wichtigen heimischen Branchen wie Maschinenbau oder Automobilindustrie mit erheblichen Nachhaltigkeitsrisiken verbunden.

Diese Rolle als Enabler von Nachhaltigkeit lässt sich am Beispiel von Treibhausgasemissionen verdeutlichen: Würden etwa die deutschen Stahllieferungen an den deutschen Maschinenbau und seine Zulieferer vollständig durch Lieferungen aus China ersetzt, erhöhten sich die globalen Emissionen um 13 Millionen Tonnen CO_2. Dies entspricht einem Anstieg der gesamten bedingten Emissionen des deutschen Maschinenbaus um etwa ein Viertel. Ähnliche Effekte ergeben sich auch für andere Abnehmer wie die deutsche Automobilindustrie und für andere Nachhaltigkeitsindikatoren.

Was würde passieren, wenn die Stahlbezüge des Maschinenbaus aus China kommen?



Quelle: IW Consult

Wird Stahl aus China statt aus Deutschland eingesetzt, ist dies mit einer erheblichen Verschlechterung des CO_2-Fußabdrucks des Maschinenbaus verbunden.

Weiterführende Informationen:

› IW Consult: Wertschöpfungskette Stahl: Nachhaltigkeit im internationalen Vergleich

Diese und weitere Informationen unter www.stahl-online.de

© Adobe Stock/kelifamily

Stahl global
Alles auf grün?

Eine nachhaltige und klimafreundliche Stahlindustrie: Das ist das Ziel insbesondere der Stahlunternehmen in Deutschland und Europa. Auch andere Regionen in der Welt arbeiten zunehmend an der Dekarbonisierung des Industriezweigs. Gleichzeitig erfolgt vor allem in Asien ein massiver Kapazitätsaufbau, der alles andere als grün ist. In einer Welt mit unterschiedlichen Transformationsgeschwindigkeiten müssen zunehmend politische Antworten auf die Frage gefunden werden, wie ein Level Playing Field geschaffen werden kann.

Kapazitätsausbau weltweit: Mehr grau als grün

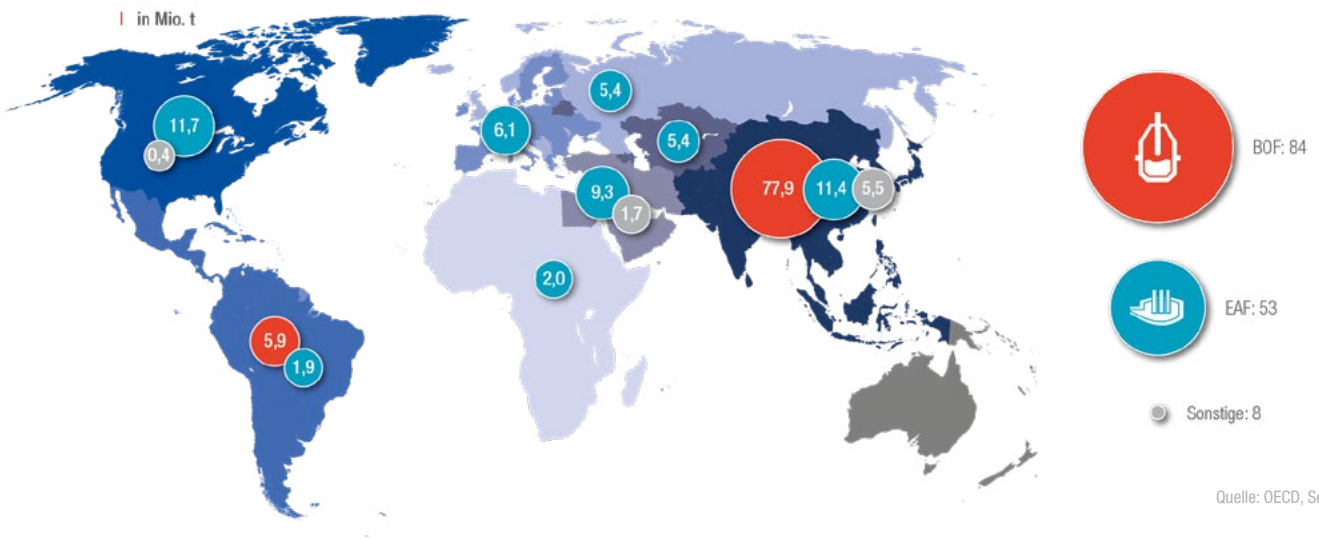
Auch 2022 fällt die Bewertung mit Blick auf die globale Stahlindustrie ernüchternd aus: Fortschritte bei der Bewältigung struktureller Probleme konnten ebenso wenig verzeichnet werden wie ein Rückgang marktverzerrender Subventionen und anderer staatlicher Unterstützungsmaßnahmen als Ursachen der globalen Überkapazitäten. Die Zunahme geopolitischer Spannungen legt den Schluss nahe, dass sich daran auch in den folgenden Jahren wenig ändern wird.

Dies bestätigt sich auch bei Betrachtung der globalen Rohstahlkapazitäten. So rechnet die OECD derzeit mit einem weiteren Zuwachs von rund 145 Millionen t bis 2025. Dabei spielt der Klimaschutz in zahlreichen Regionen weiterhin keine große Rolle. Dies betrifft vor allem Asien, wo mit rund 95 Millionen t ca. zwei Drittel der neuen Kapazitäten weltweit in den Markt gehen werden. Davon entfallen mehr als 80 Prozent auf die CO_2-intensiven Hochöfen.

China bleibt klimapolitisch eine Blackbox

Diese Entwicklung ist aus klimapolitischer Sicht mehr als bedenklich. Und der Blick nach China, dem mit Abstand

Globaler Kapazitätsausbau 2023-2025



Quelle: OECD, Sept. 2022

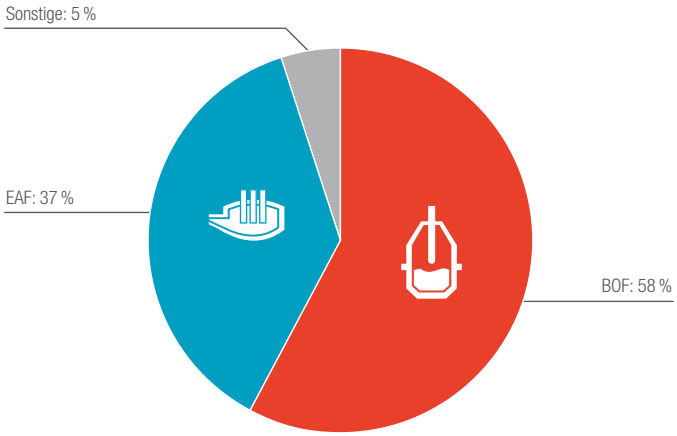
größten CO_2-Emittenten der Welt, fällt ebenfalls wenig hoffnungsvoll aus. Zwar hat die chinesische Regierung bereits im Herbst 2021 einen neuen Leitfaden zur Erreichung der CO_2-Höchstwerte bis 2030 und der CO_2-Neutralität bis 2060 veröffentlicht. Die in diesem Zusammenhang bedeutsame Dekarbonisierung der Stahlproduktion bleibt aber weiterhin vage.

USA: Klimaschutz meets Industriepolitik

Eine gänzlich andere Richtung, die in der Amtszeit Donald Trumps noch undenkbar gewesen wäre, haben zwischenzeitlich die USA eingeschlagen. Mit dem im August 2022 verabschiedeten Inflation Reduction Act (IRA) hat die Biden-Administration ein in Umfang und Fördervolumen beispielloses Gesetzespaket auf den Weg gebracht, um die USA in eine dekarbonisierte Zukunft zu führen. Rund 370 Milliarden US-Dollar sollen u. a. in den Umbau der Energiewirtschaft investiert werden, aber auch in Förderungen für den Industrie- und Transportsektor fließen. Anders als Europa, das eine Bepreisung von CO_2-Emissionen vorsieht, setzen die Vereinigten Staaten im Kern ihrer Klimapolitik auf Anreize, insbesondere in Form von Steuergutschriften für Anlagen zur Erzeugung sauberer Energie. So soll bis 2030 das ambitionierte Ziel erreicht werden, die Emissionen um 40 Prozent gegenüber 2005 zu reduzieren.

Doch der Inflation Reduction Act ist mehr als ein ambitioniertes Klimaschutzprogramm. In ihm spiegelt sich der Wille wider, Abhängigkeiten – insbesondere von China – zu verringern und den Übergang zu einer grünen Wirtschaft mit einem profitierenden Arbeitsmarkt sowie möglichst nationalen Produkten und Technologien zu erreichen. Die sich damit abzeichnenden Verschiebungen in den internationalen Standortbedingungen stellen den Industriestandort Europa vor große Herausforderungen, die durch die in Teilen protektionistische Ausrichtung des IRA erheblich verstärkt werden. Deutschland und die EU sind nun aufgefordert, hierauf eine industrie- und handelspolitische Antwort zu geben. Es

Globaler Kapazitätsausbau 2023-2025 nach Verfahren



Quelle: OECD, Sept. 2022

„Wir sind uns einig ... Wir brauchen mehr Ehrgeiz, mehr Ambitionen, um unsere Klimaziele zu erreichen". Dazu trage die G7 mit dem Klimaclub bei.

Bundeskanzler Olaf Scholz
beim G7-Gipfel auf Schloss Elmau
Pressemitteilung Bundesregierung, 28.06.2022

müssen die Anstrengungen verstärkt werden, der Industrie die Versorgung mit Energie und grünem Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen zu ermöglichen. Gleichzeitig muss es ein Kernanliegen sein, bei Verhandlungen mit den USA zu erreichen, dass der US-Markt für EU-Produkte offen bleibt.

Chance: Klimaallianzen und Klimaclubs

Eine Chance dafür könnte das mit den USA geplante sektorale Abkommen im Stahlbereich sein. Es könnte eine wichtige Rolle spielen, um den Handel mit grünen Produkten sicherzustellen. Zudem haben die G7 im Rahmen eines Gipfels im Sommer 2022 erste Eckpunkte eines internationalen Klimaclubs verabredet. Solche bi- und multilateralen Anstrengungen können eine zentrale Bedeutung haben, wenn es darum geht, mögliche Handelskonflikte zu entschärfen, Standards zu vereinbaren und grüne Märkte zu etablieren.

Standort stärken – Leakage verhindern

Entsprechende Kooperationen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die klimapolitischen Ambitionsniveaus weltweit, auch zwischen potenziellen Mitgliedern eines Klimaclubs, noch sehr lange massiv unterscheiden werden. In einer Welt, in der klimapolitische Bestrebungen immer weiter auseinander gehen, steigt die Gefahr der Abwanderung der energieintensiven Produktion in andere Regionen weiter an. Nicht nur ein Wettbewerbsnachteil aufgrund steigender CO_2-Kosten ist dann Ursache für eine Verlagerung, sondern auch die Verfügbarkeit von grüner und günstiger Energie. Daher sollte gerade der IRA als Weckruf für Deutschland und Europa verstanden werden, ihre energie- und klimapolitische Vorgehensweise bei der Transformation anzupassen und Unternehmen unkompliziert und umfassend bei ihren Klimaschutzbemühungen zu unterstützen, statt sie zu belasten.

Weiterführende Informationen:

› Positionspapier „Der US Inflation Reduction Act aus Sicht der Stahlindustrie in Deutschland"

Diese und weitere Informationen unter www.stahl-online.de

Grüner Stahl
für grüne Wertschöpfungsketten

Die nahezu emissionsfreie Produktion von Stahl ist das Ziel der Stahlindustrie in Deutschland. Doch damit verbunden ist die Frage, wie der grüne Stahl den Weg in Produkte oder auch Infrastrukturen findet. Hier kommen grüne Leitmärkte ins Spiel. Ihre Grundidee ist, auf der Nachfrageseite gezielte Anreize zum Einsatz von grünem Stahl zu setzen.

Klares Ziel: Klimaneutrale Stahlindustrie

Die Stahlunternehmen in Deutschland haben sich das Ziel gesetzt, bis zur Mitte des Jahrhunderts Stahl klimaneutral zu produzieren. Dafür haben sie eine Vielzahl von Projekten entwickelt, mit denen die Entwicklung in Richtung Klimaneutralität vorangebracht werden kann und bereits in den 2020er Jahren große Mengen an CO_2 eingespart werden können. Klar ist dabei, dass die schrittweise Umstellung auf klimafreundliche Verfahren mit hohen Investitions- und anfänglich noch höheren operativen Kosten verbunden sein wird.

Erfolgsfaktoren für grüne Leitmärkte

Grüne Leitmärkte sind ein entscheidender Politikbaustein auf dem Weg zu klimaneutralen Grundstoffen. Ziel ist es, die Transformation der Industrie auch nachfrageseitig zu unterstützen (Pull-Effekt), indem gezielte Anreize für Sektoren geschaffen werden, die bereits unter erheblichem Druck stehen, ihre Vorkettenemissionen zu reduzieren oder von denen erhebliche Signalwirkung ausgehen kann, etwa im öffentlichen Sektor. Perspektivisch sollen so Märkte für klimaneutrale Grundstoffe Schritt für Schritt entwickelt werden, bis sie schlussendlich (und spätestens bis 2045) zum Standard in allen Sektoren werden.

Grüne Leitmärkte als Motor der Transformation

Dies ist vor dem Hintergrund der stufenförmigen Transformation der Stahlindustrie unverzichtbar. Nach und nach stellen die Unternehmen auf klimafreundliche Prozesse um, Aggregat für Aggregat. Auch das Angebot an bezahlbarem grünem Strom und klimaneutralem Wasserstoff muss erst noch wachsen. Von diesen Faktoren ist die produzierte Menge an grünem Stahl maßgeblich abhängig. Gleichzeitig wird jedoch noch eine große Menge günstigerer herkömmlich produzierter Stahlprodukte zur Verfügung stehen, die auch benötigt wird, um den Stahlbedarf insgesamt zu decken. In dieser für die Stahlunternehmen unsicheren Nachfragesituation sorgen grüne Leitmärkte dafür, dass die Stahlerzeuger in die Lage kommen, die Mehrkosten der klimafreundlichen Produktion mindestens auszugleichen und zunehmend Gewinne zu erzielen, die sie für weitere Klimaschutzinvestitionen benötigen.

Notwendige politische Rahmenbedingungen

Grundsätzlich kann die Transformation in der Stahlindustrie nur mit einem schlüssigen und unterstützenden politischen Rahmen gelingen. Dazu gehören energiewirtschaftliche Bedingungen, mit denen die Grundlage für eine klimaneutrale Stahlindustrie geschaffen wird – also ausreichend grüne

bezahlbare Energie. Auch eine außenhandelspolitische Flankierung spielt eine maßgebliche Rolle. Mit Blick auf die notwendigen immensen Investitionen und die Mehrkosten für eine klimafreundliche Produktion braucht es aber darüber hinaus auch eine finanzielle Unterstützung. Hierfür sind die von der Bundesregierung vorbereiteten Klimaschutzverträge (Carbon Contracts for Difference, CCfD) als Anschubfinanzierung enorm wichtig. Mit grünen Leitmärkten wird die notwendige staatliche Anschubfinanzierung dann allmählich entlastet und perspektivisch abgelöst.

Grüner Stahl für grüne Endprodukte

Zwar ist schon viel erreicht, wenn die rund 55 Millionen t CO_2, die aktuell noch in der Stahlindustrie in Deutschland entstehen, vermieden werden können. Aber mit seiner besonderen Stellung am Beginn zahlreicher Wertschöpfungsketten trägt grüner Stahl auch entscheidend dazu bei, die Scope-3-Emissionen von Endprodukten zu verringern. Ein Beispiel: Der CO_2-Anteil des eingesetzten Stahls in einer Waschmaschine beträgt ca. 25 Prozent des Gesamtfußabdruckes. Und auch die Infrastrukturen in Deutschland werden durch den Einsatz von grünem Stahl immer klimafreundlicher.

Der Klimaschutzeffekt von grünem Stahl ist also vor allem mit Blick auf die Dekarbonisierung der industriellen Wertschöpfungsketten wichtig und eine starke, grüne Grundstoffindustrie wird immer mehr zu einem wichtigen, strategischen Teil der Wertschöpfungskette. Und wenn es in Deutschland bzw. in Europa gelingt, eine nachhaltige Nachfrage nach klimafreundlichen Stahlprodukten zu etablieren, wird dies zudem ein Vorbild für andere Regionen der Welt sein, in klimafreundliche Produktionstechnologien zu investieren.

Nächste Schritte für grüne Leitmärkte

Die Stahlunternehmen sind für ihre Transformation darauf angewiesen, dass die von der Politik angekündigten Klimaschutzverträge zeitnah auf den Weg gebracht werden. Gleichzeitig hat die WV Stahl gemeinsam mit ihren Mitgliedern einen Vorschlag für eine Grünstahl-Definition erarbeitet: Wann ist Stahl als grün bzw. klimaneutral einzustufen? Inwieweit können auch Investitionen anrechenbar gemacht werden, die erst dann zu klimaneutralem Stahl führen, wenn insbesondere auch ausreichend grüne Energie (Strom, Wasserstoff) zur Verfügung steht? Und schließlich: Welche Standards können sicherstellen, dass alle Akteure nach gleichen Regeln rechnen und bilanzieren, damit verschiedene Transformationspfade vergleich- und damit auch bewertbar werden? Die Klärung dieser Fragen ist dringlich und wichtig, um die politischen Weichen stellen zu können und den Unternehmen Planungssicherheit für ihre Investitionsentscheidungen zu geben. Diesen Vorschlag wird der Verband intensiv in die Diskussion mit zahlreichen Stakeholdern in Politik und Wirtschaft einbringen.

Weiterführende Informationen:

- „Definition Grüner Stahl – Ein Labelsystem für Grüne Leitmärkte Vorschlag der Stahlindustrie in Deutschland“
- Technisches Hintergrundpapier zum Vorschlag der Stahlindustrie in Deutschland

Diese und weitere Informationen unter www.stahl-online.de

Anforderung an eine Definition für grünen Stahl

Vereinbarkeit mit Markthochläufen
Abbildung des stufenförmigen Transformationsprozesses entlang der Verfügbarkeit von grüner Energie.

Effektivität
Ambitionierte Ziele

Anerkennung transformativer Prozesse
Belohnt werden sollen Anstrengungen, die im Einklang mit dem Ziel der Klimaneutralität stehen.

Internationale Anschlussfähigkeit
Grüne Leitmärkte müssen europäisch gedacht und zentraler Eckpunkt internationaler Klimaclubs werden.

Kreislaufwirtschaft
Wer heute zu 100 % auf Schrottbasis produziert, darf keine Nachteile erfahren. Die Steigerung des Schrotteinsatzes alleine führt aber noch nicht zu Klimaneutralität.

Glaubwürdigkeit
Zertifizierbarkeit auf der Basis einheitlicher Regeln und etablierter ISO-Normen. Bilanzierung nur, wenn technisch notwendig und unter klar definierten Bedingungen.

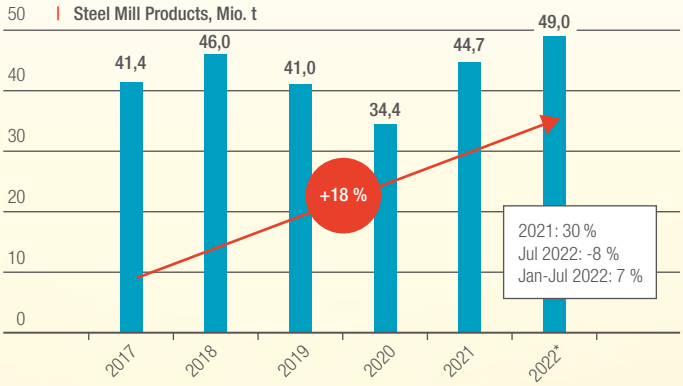
Chancen und Herausforderungen im außenwirtschaftlichen Umfeld

Das Jahr 2022 war bislang geprägt von geopolitischen Ereignissen, die sich massiv auf den Außenhandel und das Wettbewerbsumfeld der Stahlindustrie in Deutschland und der EU auswirken. Im Fokus standen vor allem die Folgen des Angriffskriegs gegen die Ukraine und die daraus resultierenden Sanktionen gegen Russland. Dies hat u. a. zu dramatischen Energiekostensteigerungen und handelspolitischen Verwerfungen geführt. Gleichzeitig bestimmen weiterhin traditionelle Probleme wie WTO-widrige Subventionen, Protektionismus und unfaires Marktverhalten den globalen Stahlmarkt. In der Folge erreichten die EU-Stahlimporte trotz eingetrübter Stahlnachfrage historische Höchstwerte. Andere wichtige Stahlabnehmerregionen versuchen derweil, ihre Märkte weiter abzuschotten, um sich von Ländern wie China zunehmend unabhängig zu machen und der heimischen Stahlindustrie Vorteile zu verschaffen.

Klimaschutz braucht Handelsschutz

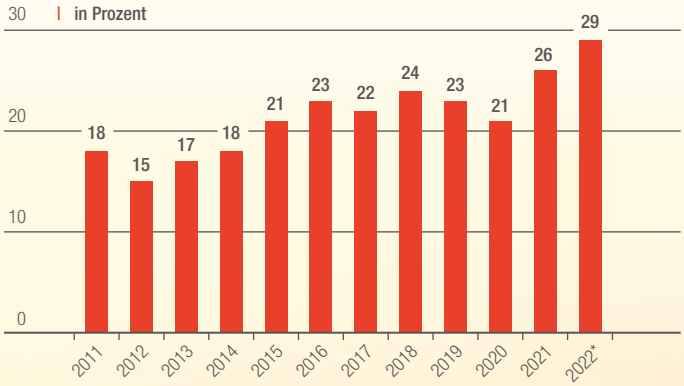
In diesem schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld steht die Stahlindustrie in Deutschland und der EU am Beginn eines nie dagewesenen Transformationsprozesses in Richtung

EU27-Stahlimporte aus Dritten Ländern



Quelle: Eurostat *hochgerechnet auf Basis 2022 1- 7

EU27: Importquoten



Quelle: Eurostat *hochgerechnet auf Basis 2022 1- 6

© iStock.com/MAGNIFIER

Klimaneutralität. Gerade mit Blick auf die Außenhandelspolitik kommt es nun darauf an, Antworten auf drängende Zukunftsfragen zu finden: Wie sichern wir unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Ländern und Regionen mit unterschiedlichen Ambitionsniveaus beim Klimaschutz? Wie kann es gelingen, gegenüber Ländern wie China oder Russland mehr Resilienz zu erreichen?

Ziel muss es sein, auch angesichts wachsender Volatilität und unfairem Handel mehr Stabilität und Berechenbarkeit zu erreichen. Ohne konkrete Maßnahmen zum Schutz vor disruptiven Effekten im Außenhandel drohen im Zuge wachsender Belastungen für die Stahlunternehmen wichtige Klimaschutz-Investitionen auszubleiben und Arbeitsplätze verloren zu gehen.

Ein wesentlicher Faktor dabei sind die EU-Safeguards, die 2021 bei jährlicher Überprüfung um weitere drei Jahre verlängert worden sind. Im zweiten Halbjahr 2022 steht nun eine weitere Überprüfung der Maßnahmen an. Dabei geht es auch um die Frage, ob die Maßnahmen überhaupt fortgesetzt werden sollten. Eine weiterhin konsequente außenhandelspolitische Absicherung ist jedoch vor dem Hintergrund der akuten Krisenbewältigung wie auch der Transformation unverzichtbar.

Herausforderung Carbon Leakage

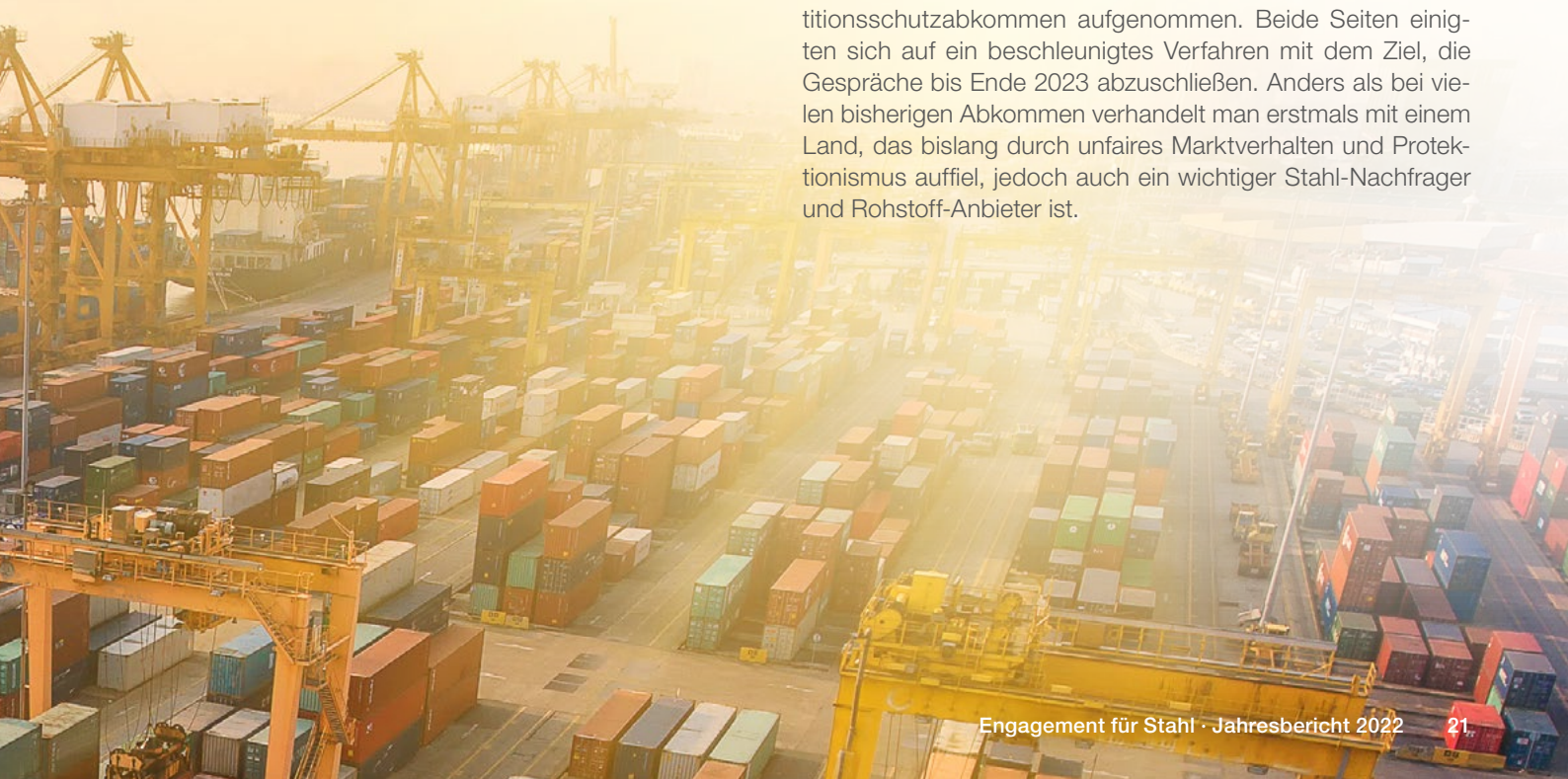
Eine weitere wesentliche Aufgabe ist es, neben dem Schutz vor disruptiven Effekten im Außenhandel auch Schutz vor Carbon Leakage zu bieten. Die Stahlindustrie braucht eine wirkungsvolle Absicherung gegenüber Ländern und Regionen mit unterschiedlichen Ambitionsniveaus beim Klimaschutz. Nach intensiver politischer Debatte, wie ein Grenzausgleichssystem (Carbon Border Adjustment Mechanism – CBAM) ausgestaltet sein muss, kommt es auf die nun laufenden Trilog-Verhandlungen zwischen Europäischer Kommission, Rat und Europäischem Parlament an. Nur wenn die zentralen Anliegen der Stahlindustrie berücksichtigt werden, kann ein wirksamer Schutz vor Carbon Leakage sichergestellt werden. Dazu zählt vor allem eine Einbeziehung der Exporte in den Grenzausgleich (freie Zuteilung für Ausfuhren in Drittländer). Andernfalls drohen die Exporte der EU-Stahlindustrie in Länder außerhalb der EU schlagartig ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

Allianzen: Chance für internationalen Klimaschutz

Neben den unilateralen Maßnahmen braucht es auch Anstrengungen zur bi- und multilateralen Zusammenarbeit – gerade vor dem Hintergrund der schwierigen geopolitischen Situation. Die Stahlindustrie unterstützt die Bestrebungen der Bundesregierung, die führenden sieben Industriestaaten zum Kern eines internationalen Klimaclubs zu machen. Bis Ende 2022 sollen die Strukturen für ein erstes Kooperationsprojekt entstehen, das die Maßnahmen für den Klimaschutz und die industrielle Transformation international vergleich- und bewertbar macht. Die Stahlindustrie beteiligt sich intensiv an der Diskussion und setzt sich dafür ein, dass bei solchen Allianzen möglichst bald grüne Märkte für klimafreundliche Grundstoffe geschaffen werden und ein gegenseitiger Marktzugang für die Bündnispartner garantiert wird.

Neben den Bestrebungen für ein umfassendes globales Klimaabkommen sollten schlanke sektorale Klimaabkommen geschaffen werden, die speziell auf die Problemlagen der Branche zugeschnitten sind und spezielle Zielsetzungen verfolgen. Das geplante Abkommen zwischen EU und USA im Stahl- und Aluminiumbereich bietet eine einmalige Gelegenheit, transformative Prozesse zwischen den Clubmitgliedern zu unterstützen und auch bei der Lösung der globalen Strukturkrise Fortschritte zu erzielen, d. h. globalen Überkapazitäten im Bereich „grauer“ Produktionstechnologien entgegenzuwirken. Eine Einigung soll bis Oktober 2023 erreicht werden.

Ebenso haben die EU und Indien im Sommer Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen und ein Investitionsschutzabkommen aufgenommen. Beide Seiten einigten sich auf ein beschleunigtes Verfahren mit dem Ziel, die Gespräche bis Ende 2023 abzuschließen. Anders als bei vielen bisherigen Abkommen verhandelt man erstmals mit einem Land, das bislang durch unfaires Marktverhalten und Protektionismus auffiel, jedoch auch ein wichtiger Stahl-Nachfrager und Rohstoff-Anbieter ist.



Wasserstoffpolitik
im Zeichen von Krise und Aufbruch

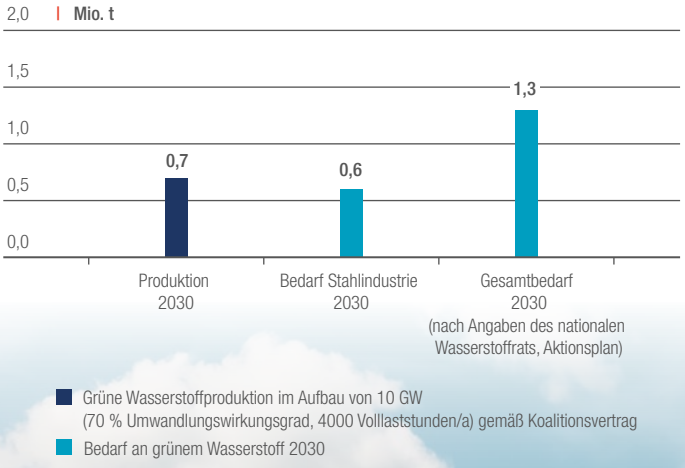
Wasserstoff ist essenziell für die Dekarbonisierung der Stahlindustrie. Daher ist für die Branche ein schneller und breiter Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft von zentraler Bedeutung. Auch 2022 stand der Einsatz für einen entsprechenden politischen Rahmen im Fokus der Arbeit der Wirtschaftsvereinigung Stahl.

Wasserstoffhochlauf: Zielanpassungen notwendig

Wasserstoff ist durch die mittelfristigen Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine und der daraus resultierten Energiekrise noch weiter in den Mittelpunkt gerückt. Es ist davon auszugehen, dass die Wasserstoffbedarfe in mehreren Sektoren noch schneller und früher ansteigen werden.

Die EU-Kommission hat daher im Rahmen des RePowerEU-Pakets zum Ausstieg aus russischem Erdgas die Wasserstoffziele der EU auf 20 Millionen Tonnen für 2030 verdoppelt. Auch die Bundesregierung hatte bereits vor Kriegsausbruch eine Verdopplung des Elektrolyseziels auf 10 GW bis 2030 angekündigt.

Produktion und Bedarf an grünem Wasserstoff



Schaut man auf die tatsächlichen Projekte zur Schaffung von Erzeugung, Importen, Transportinfrastruktur und Anwendung, ergibt sich ein gemischtes Bild. Nach einer aktuellen Analyse des wissenschaftlichen Verbundvorhabens H_2-Kompass kumulieren sich die bisher fertiggestellten, im Bau befindlichen, geplanten und angekündigten Elektrolyseprojekte in Deutschland bis 2030 auf circa 4,3 GW. Dies kommt den früher angestrebten 5 GW nahe, ist aber das neue 10-GW-Ziel noch zu wenig. Für den ebenfalls wichtigen Import von Wasserstoff wurden das vielversprechende Förderinstrument H_2Global gestartet und mehrere Kooperationsvorhaben der Bundesregierung mit möglichen Lieferländern eingegangen.

Infrastruktur und Anwendung: Viele Projekte in den Startlöchern

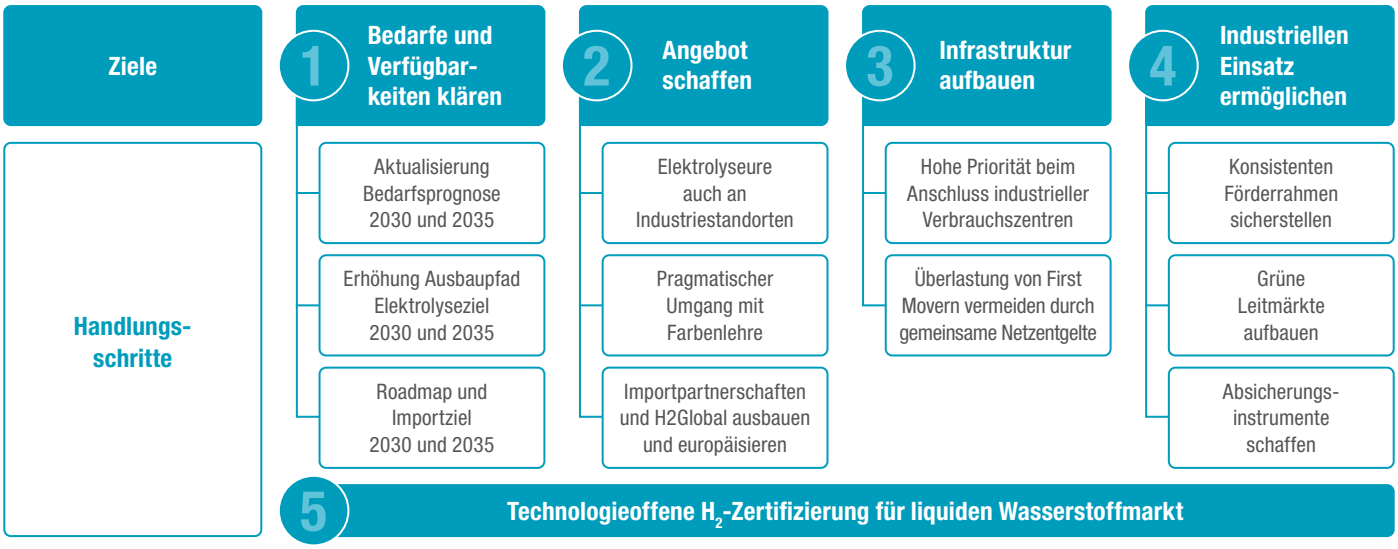
Doch es geht nicht nur um Wasserstoffmengen, sondern auch um den erforderlichen Ausbau einer entsprechenden Infrastruktur für den Transport des Gases. So warten derzeit zentrale Projekte im Rahmen der IPCEIs (Important Projects of Common European Interest) für den Aufbau eines H_2-Transportnetzes auf Bewilligung durch die EU-Kommission. Ein Startnetz für Deutschland mit 1.200 km Länge wurde zudem von den deutschen Ferngasnetzbetreibern vorgeschlagen, dessen Umsetzung aber bislang von den nötigen Rahmenbedingungen abhängt. Die Wasserstoffanwendung in der Industrie soll u. a. mittels Klimaschutzverträgen ermöglicht werden. Auch hat die Stahlindustrie wichtige IPCEI-Projekte zur Wasserstoffanwendung bei der EU-Kommission beantragt.

Wichtige Weichenstellungen in Europa erwartet

Viele für die Wasserstoffpolitik zentrale politische Fragen befinden sich derzeit auf europäischer Ebene in Verhandlungen im Rahmen des Fit-For-55-Pakets. In herausgehobener Stellung zu nennen sind dabei die EU-Grünstromdefinition, die den Hochlauf von Elektrolyseuren anreizen kann, das EU-Gas- und Wasserstoffpaket zur Schaffung einer europäischen H_2-Transport- und Marktregulatorik sowie die Revision

© iStock.com/Petrmal

Erwartungen der Stahlindustrie an eine weiterentwickelte Nationale Wasserstoffstrategie



„Wasserstoff ist für den ökologischen Wandel der energieintensiven Industrien in Europa von entscheidender Bedeutung, denn er ermöglicht die kohlenstofffreie Produktion von Stahl, Zement und Chemikalien und kann große Mengen fossiler Brennstoffe aus Russland ersetzen.“

Thierry Breton
EU-Kommissar für den Binnenmarkt
Pressemitteilung EU-Kommission, 21.09.2022

der europäischen Erneuerbaren-Energien-Richtlinie im Hinblick auf eine Einsatzquote für grünen Wasserstoff u. a. in der Industrie.

Somit markiert 2022 ein Jahr mit Fortschritten, strategischen Zielanpassungen im Zuge des Kriegs in der Ukraine sowie zugenommener Dynamik bei politischen Verhandlungen. Die Schaffung eines geeigneten politischen Rahmens bleibt aber weiterhin eine drängende Aufgabe, welche mit Nachdruck und pragmatischem Blick auf konkrete Ergebnisse verfolgt werden muss.

Regulatorische Grundlagen 2023 festschreiben

Die Stahlunternehmen stehen mit konkreten Dekarbonisierungsprojekten in den Startlöchern, welche gleichzeitig als sichere Nachfrageschaffung für den H_2-Markthochlauf fungieren und durch signifikante CO_2-Einsparungen dazu beitragen können, die Klimaziele zu erreichen.

Um dieses Potenzial heben zu können, gilt es im kommenden Jahr die regulatorischen Grundlagen für einen Wasserstoffhochlauf festzuschreiben. Ein zentraler Baustein ist dabei die bereits im Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition angekündigte Fortschreibung der Nationalen Wasserstoffstrategie (NWS). Aus Sicht der Stahlindustrie muss die Strategie folgende vier Ziele verfolgen: Bedarfe und Verfügbarkeiten klären, Angebot schaffen, Infrastruktur aufbauen und schließlich den industriellen Einsatz ermöglichen. Diese Ziele gilt es mit konkreten Handlungsschritten zu verfolgen.

Mit Blick auf die europäischen Rahmenbedingungen ist zudem wichtig, dass pragmatische Regeln für den Wasserstoffhochlauf gefunden werden, welche eine angemessene Balance zwischen Nachhaltigkeitserwägungen und wirtschaftlichen Anreizen finden. Besonders die „First Mover“ einer Wasserstoffnachfrage wie die Stahlindustrie dürfen bei der Schaffung eines H_2-Startnetzes nicht übermäßig belastet werden und müssen sich auf die rechtzeitige Versorgung mit ausreichenden Mengen an Wasserstoff zu möglichst wettbewerbsfähigen Preisen verlassen können.

Wenn die beschriebenen Punkte beherzt politisch angegangen werden und die Verfügbar- und Wirtschaftlichkeitsfrage des H_2-Bezugs für die Stahlindustrie positiv beantwortet werden kann, ist ein großer Schritt auf dem Weg zur Erreichung der Klimaziele und gleichzeitig zum schnellen Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft getan.

Weiterführende Informationen:

- Positionspapier „Wasserstoff als Basis für eine klimaneutrale Stahlproduktion“
- Positionspapier „Nationale Wasserstoffstrategie 2.0: Handlungsbedarf aus Sicht der Stahlindustrie“

Diese und weitere Informationen unter www.stahl-online.de

Wechselwirkungen

Zentrale Herausforderung der Umweltpolitik

Trotz einer Vielzahl von Herausforderungen in den klassischen Regelungsbereichen des Umweltrechts bzw. der Umweltmedien wählt auch die Europäische Kommission immer häufiger einen integrierenden Ansatz in der Rechtsetzung, mit dem die umweltbezogenen Auswirkungen eines Vorhabens ganzheitlich betrachtet werden sollen. In der Realität steht dem oft entgegen, dass meist ein spezifisches Ziel im Fokus steht, beispielsweise der Klimaschutz. Dadurch bleiben Wechselwirkungen mit anderen Regelungsbereichen unberücksichtigt und eine Vielzahl von Rechtsregelungen unausgewogen. Auch für die Stahlindustrie in Deutschland ist dies eine große Herausforderung.

Transformation sorgt für neue Stoffströme

Die CO_2-Emissionen massiv zu mindern und so einen entscheidenden Beitrag zum Erreichen der Klimaziele zu leisten, hat bei den Unternehmen der Stahlindustrie in Deutschland höchste Priorität. Damit verbunden ist ein nie dagewesener Umbau etablierter Produktionswege hin zu klimaschonenden Technologien. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die neuen Verfahren und Anlagen nicht automatisch mit den gleichen Effizienzgraden betrieben werden können, z. B. mit Blick auf Ressourcen und Energieeinsatz. Auch entstehen neue Stoffströme mit veränderten Zusammensetzungen und anderen Eigenschaften als bisher. Für diese müssen zunächst Kreisläufe geschaffen werden, sodass auch sie einen Beitrag zu einer Circular Economy leisten können.

Hemmnisse für Kreislaufwirtschaft beseitigen

Ebenso gilt es, bei dem Ansatz des zirkulären Wirtschaftens die technischen Herausforderungen im Blick zu behalten. Durch den umfassenden Ausschluss jedes im Ansatz gefährlichen Stoffs aus Kreisläufen würden auch wichtige Bestandteile für Legierungen eliminiert, die Stahl beispielsweise korrosionsbeständig, hochtemperaturresistent oder bei mechanischer Beanspruchung besonders langlebig machen. Das gilt selbst für Stoffe von denen keine Gefahr ausgeht, wenn sie fester Bestandteil einer Legierung sind. Zirkularität konkurriert hier mit dem Stoff- und Chemikalienrecht und es wird darauf ankommen, die Circular Economy ausgewogen mit der Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit zu verbinden. Entsprechend ist es eines der Hauptanliegen der Wirtschaftsvereinigung Stahl, den Entscheidungsträgern in Politik und Behörden diese Zusammenhänge aufzuzeigen und mit realen Beispielen aus der Praxis zu verdeutlichen.

Die zuvor genannten Punkte sind bei der Umsetzung des Circular Economy Action Plan (CEAP) der EU zu berücksichtigen. Gleichzeitig bietet dies aber auch Chancen, die spezifischen Eigenschaften des Werkstoffs Stahl in einer zirkulären Gesellschaft stärker zu berücksichtigen als bisher. Kein anderer industrieller Massenwerkstoff bietet vergleichbare Potenziale bei Langlebigkeit, Wiederverwendbarkeit, Reparaturfähigkeit oder wiederkehrender Recyclingfähigkeit. Der Werkstoff ist unvergänglich und damit permanent. Dies als „erneuerbar“

© iStock.com/BalazsKovacs

gleichwertig anzuerkennen, wäre ein großer Schritt in Richtung einer Circular Economy. Wichtige Ansätze können dabei auch nationale Initiativen wie die Ersatzbaustoffverordnung liefern.

Ein weiterer Schwerpunkt der Politik des zirkulären Wirtschaftens liegt nach wie vor im Bereich des klassischen Abfallrechts. Bei der Revision der Abfallverbringungsverordnung geht es beispielsweise darum, durch gezielte Eingriffe am bestehenden Recht die Rechtssicherheit zu erhöhen, die Weiter- oder Neuentwicklung von Kreisläufen insbesondere in der EU zu fördern und den Export von Problemen zu verhindern.

Wann gelten Produkte als nachhaltig?

Mit der europäischen Initiative über nachhaltige Produkte (Sustainable Product Initiative) erarbeitet die Europäische Kommission nun eine ganze Reihe produktspezifischer Regelungen, die von der künftigen Ökodesign-Verordnung, über die Bauproduktenverordnung, bis hin zu Vorgaben für Batterien, Altautos oder Elektro(nik)altgeräte reichen werden. Gleichzeitig können die hier geplanten Regelungen bei richtiger Gestaltung auch einen Teil der Rechtsbasis für künftige nachhaltige Leitmärkte legen: Leitmärkte für Produkte, die u. a. aufgrund der Transformation der Stahlindustrie zwar nur noch einen minimalen CO_2-Rucksack mitbringen, gleichzeitig aber trotz identischer technischer Eigenschaften teurer sind.

Umweltrecht zwischen Energiekrise und Transformation

Eine besondere Herausforderung liegt auch in der Parallelität der Dinge. Einerseits wird die Transformation massiv vorangetrieben, andererseits wird sie durch das aktuelle Weltgeschehen massiv erschwert. Dies bezieht sich nicht nur auf die mittelfristige Verfügbarkeit von Erdgas als Übergangsenergieträger auf dem Weg zur Klimaneutralität, sondern auch auf den plötzlich notwendigen Wechsel von Energieträgern in der Produktion aufgrund drohender Erdgaslieferstopps. In diesem Zusammenhang ist es nicht nur gelungen, neue und schnell greifende Regelungen für die künftige Energieversorgung zu schaffen, sondern in Verbindung mit den Anlagengenehmigungen ebenso wichtige Lösungen zum Fuel-Switch zu entwickeln. So können die Anlagen auch nach einem Brennstoffwechsel rechtssicher betrieben werden.

2023: Schutz von Wasser, Boden und Luft im Blick

Mittelfristig werden sich auch im europäischen Wasserrecht zwei Trends fortsetzen: Einerseits wird der Vorsorgegedanke, wie er etwa der Ersatzbaustoffverordnung zum Schutz von Boden und Grundwasser zugrunde liegt, künftig auch europäisch viel stärker verankert. Andererseits wird die Herstellerverantwortung in Maßnahmen zum Gewässerschutz eine größere Rolle spielen. Produzenten von Stoffen, die als wassergefährdend eingestuft werden, müssen demnach daraus resultierende Kosten künftig mittragen. Dies wird unweigerlich auch auf die Nutzer umgelegt werden. Im Jahr 2023 wird zudem eine EU-Bodenschutzstrategie erwartet, die in Analogie zum Ansatz der Wasserrahmenrichtlinie die Erreichung gesunder Böden in der EU zum Ziel hat.

„Zukünftig muss viel stärker bei der Produktgestaltung angesetzt werden. Dort muss das „Denken in Kreisläufen“ beginnen, denn durch das Design werden die Umweltauswirkungen eines Produkts bereits am Beginn des Lebenszyklus zu 80 Prozent festgelegt.“

Steffi Lemke
Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
Quelle: bmuv.de: Rede von Steffi Lemke bei der CEWI-Konferenz “Circular Economy gemeinsam anpacken“, 23.06.2022

Ungeachtet dessen arbeitet Brüssel auch mit weitgehend ungebremster Geschwindigkeit an Regelungen im Bereich Luftreinhaltepolitik und Genehmigungsrecht. So wurden unlängst die neuen Vorschläge zur künftigen Luftqualitätsrichtlinie und zur Industrieemissionsrichtlinie (IED) vorgelegt. Diese gilt es weiterhin intensiv zu begleiten, um auch sie an der betrieblichen Praxis des Machbaren auszurichten – gerade vor dem Hintergrund der Transformation der Industrie hin zu CO_2-armen Produktionsprozessen sowie der Stärkung der Kreislaufwirtschaft. Herausfordernd ist dabei auch, dass beispielsweise viele Merkblätter über beste verfügbare Techniken derzeit gemäß geltender IED entwickelt werden, dann aber die Ansprüche der künftigen IED erfüllen müssen. Die Stahlindustrie ist hierbei durch eine Vielzahl von Merkblättern – wie zur Stahlverarbeitung oder Oberflächenbehandlung – betroffen. Für die Transformation wurden zudem konkrete Lösungsansätze für schnelle und rechtssichere Genehmigungsverfahren von der WV Stahl vorgeschlagen.

Weniger ist mehr

Konzentration auf das Wesentliche ist die Hauptforderung auch bei vielen anderen Rechtsetzungsvorgängen, ob zur Nachhaltigen Berichterstattung, zur stärkeren Verankerung der Nachhaltigkeit im unternehmerischen Handeln (Due Diligence), bei unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten, der Nachhaltigen Finanzierung (Taxonomie) oder auch im Umweltstrafrecht und der Umwelthaftung. Generell muss der Blick bei Politik und Rechtsregelungen nach vorne gerichtet werden, um die Potenziale der Transformation voll ausschöpfen zu können.

Weiterführende Informationen:

› Positionspapier „Due Diligence und Sustainable Corporate Governance“

Diese und weitere Informationen unter www.stahl-online.de

© iStock.com/Pogonici

Klartext in Berlin und Brüssel

Neue Krise – wiederkehrende Möglichkeiten

Die neue Bundesregierung war mit Blick auf die Transformation der (Stahl-)Industrie mit großen Ambitionen ins Jahr 2022 gestartet. Das Ziel: Einen Großteil der erforderlichen Rahmenbedingungen hin zu einer klimaneutralen Industrieproduktion auf den Weg zu bringen. Dies und der neu zusammengesetzte Bundestag bildeten daher klar den Ausgangspunkt für die Kommunikation der Wirtschaftsvereinigung Stahl. Doch es sollte anders kommen: Die mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine oft zitierte Zeitenwende bestimmte fortan häufig auch die kommunikative Agenda des Verbands.

Medialer Spagat zwischen Energiekrise und Transformation

Als energieintensive Industrie gehört die Stahlindustrie zu jenen Branchen, die besonders von den energiewirtschaftlichen Folgen des Kriegs in der Ukraine betroffen sind. Das mediale Interesse an den Auswirkungen für die Stahlindustrie blieb das ganze Jahr ungebrochen. Interessierten zu Beginn des Jahres zunächst vor allem die Folgen einer drohenden Gasmangellage, so standen ab der Mitte des Jahres die massiven Preisanstiege bei Gas und Strom im Zentrum unzähliger Medienanfragen. Der Verband hat diese Chance genutzt, um die große Bedeutung von Erdgas für die Stahlindustrie zu erläutern und auf die Folgen ausbleibender Gaslieferungen für die Branche, aber auch für die vielfältigen industriellen Wertschöpfungsketten hinzuweisen.

Gleichzeitig wurden auf Bundesebene mit dem Oster- und Sommerpaket des Bundeswirtschaftsministeriums für die Branche wichtige Weichen für die Transformation gestellt. Dies bot Anlass, um die Bedeutung der Stahlindustrie in Deutschland für den Weg hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft in verschiedenen Formaten zu verdeutlichen, darunter prominent platzierten Namensbeiträgen in Qualitätsmedien.

DER TAGESSPIEGEL 21

POSITION

Für ein resilientes Europa

Der Wirtschaft und insbesondere der Industrie kommt eine zentrale Rolle zu

»Der Effekt von grünem Stahl auf die Anwenderindustrien ist groß«

Standpunkt von Dr. Martin Theuringer, Geschäftsführer und Leiter Wirtschaft der WV Stahl, über grüne Leitmärkte zur Unterstützung der Transformation

Hans Jürgen Kerkhoff: „Bei der CO2-Reduktion ist der Stahlsektor eine 'low hanging fruit'"

Hans Jürgen Kerkhoff ist Geschäftsführer und Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl.

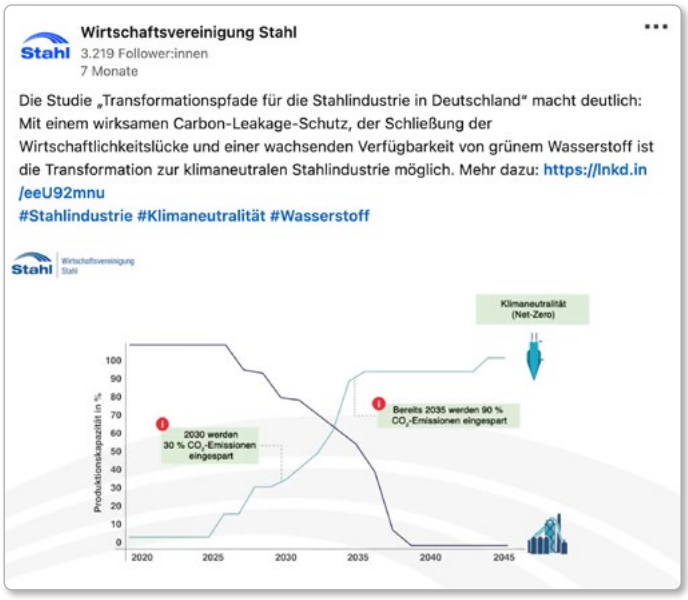
Hohe Energiepreise und ein möglicher Gaslieferstopp machen der Stahlindustrie zu schaffen. Das hat auch Auswirkungen auf die grüne Transformation, sagt Hans Jürgen Kerkhoff. Im Interview mit Manuel Berkel und Timo Landersberger spricht der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl über die Umstellung der Produktion auf Wasserstoff, fordert von der Politik mehr Dynamik und eine Anpassung der Pläne zum Emissionshandel und Grenzausgleich.

In Europa steht Fit for 55 im Fokus

Alles, was in Brüssel rund um den EU-Emissionsrechtehandel passiert, wird von der Stahlindustrie in Deutschland stets mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. So auch die Verhandlungen in den verschiedenen EU-Institutionen ab Frühjahr 2022. Im Zentrum stehen die Revision der Emissionshandelsrichtlinie und die Einführung eines CO_2-Grenzausgleichs (CBAM) im Rahmen des Fit-for-55-Pakets. Diese drohen zu erheblichen Hürden auf dem Weg der Branche in Richtung Klimaneutralität zu werden und eine Abwanderung energieintensiver Branchen in andere Regionen der Welt mit geringeren Klimaschutzbestrebungen zu begünstigen. Die Gefahren bestätigt eine von der WV Stahl beauftragte Studie der Prognos AG, die eine wichtige Grundlage für die kommunikativen Aktivitäten des Verbands auf allen Kanälen ist.

Erklärformate machen Transformation verständlich

Im neu zusammengesetzten Bundestag kommen in dieser Legislaturperiode viele Abgeordnete zusammen, die zum einen erstmalig im höchsten deutschen Parlament vertreten sind und zum anderen noch nicht viele Berührungspunkte mit der Stahlindustrie hatten. Gleichzeitig wächst das politische Interesse am Zusammenspiel zwischen technischen Aspekten und wirtschaftlichen sowie politischen Rahmenbedingungen mit Blick auf die Transformation der Branche. Hierzu hat die WV Stahl verschiedene Formate entwickelt, darunter ein rund zweieinhalbminütiges Video, mit dem sich bis heute 1.300 Nutzerinnen und Nutzer über die Transformation informiert haben.



Erklärende Postings in Sozialen Netzwerken sind ein wichtiges Instrument, um Zusammenhänge zwischen politischen Entscheidungen und den Folgen für den Industriestandort zu verdeutlichen.

Was sind die Voraussetzungen, damit die Transformation hin zur grünen Stahlindustrie gelingen kann? Die Beantwortung dieser Frage steht im Mittelpunkt eines Erklärvideos der WV Stahl.

Zwei Infografiken erläutern den technischen Aufbau einer grünen Stahlproduktion und veranschaulichen die wichtige Rolle der Kreislaufwirtschaft Stahl für eine klimaneutrale Wirtschaft. Sie machen deutlich: Eine klimaneutrale Stahlproduktion und die Kreislaufwirtschaft Stahl sind zentrale Bausteine für eine klimaneutrale Zukunft in Deutschland.

Wieder Raum für persönliche Begegnungen

Auch wenn die ersten Monate noch stark von Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie geprägt waren: Im Laufe des Jahres boten verschiedene Anlässe Möglichkeiten für persönliche Begegnungen. Neben Gesprächen mit Abgeordneten sowie weiteren Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Berlin und Brüssel, z. B. im Rahmen eines Parlamentarischen Frühstücks im Bundestag zu den außenhandelspolitischen Flankierungen für die Transformation, war die WV Stahl mit einem Präsentationsstand auf dem Parteitag der CDU und der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen vertreten. Der Auftritt unter dem Motto „Grüner Stahl ist das neue Bio." machte zahlreiche Delegierte neugierig und führte zu spannenden Diskussionen rund um den Stahlstandort Deutschland.

Um Stahl als Baustoff ging es beim Internationalen Architektur-Kongress „Neues Bauen mit Stahl" am 6. April in Bochum. Die seinerzeit von der WV Stahl ins Leben gerufene Veranstaltung wurde 2022 erstmalig vom bauforumstahl ausgerichtet. Die WV Stahl war als Mitorganisator an Bord. Unter dem Leitthema „Bauen für die Gesellschaft" präsentierten renommierte, international agierende Architekten und Ingenieure den rund 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern außergewöhnliche Architektur mit Stahl für eine urbane Baukultur.

Vor Ort im Einsatz: Das Team der WV Stahl war nach coronabedingter Zwangspause wieder mit ihrem Präsentationsstand auf den Parteitagen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zu Gast.

Im Gespräch: Dr. Martin Theuringer, Geschäftsführer der WV Stahl (Mitte) mit Dr. Lars Pfeiffer, Vorsitzender Internationaler Verband für den Metallleichtbau – IFBS, und Moderatorin Susanne Schöne.

Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck bestätigt das gemeinsame Ziel von Wirtschaft und Politik: Grüner Stahl Made in Germany.

Politik zeigt sich gerne mit Stahl

Die Stahlindustrie in Deutschland wird auch von Seiten der Politik als ein entscheidender Faktor angesehen, wenn es um das Erreichen der Klimaziele, aber auch um den Erhalt des Wohlstands geht. Trotz der großen Herausforderungen durch die akute Energiekrise nahmen sich politische Entscheiderinnen und Entscheider immer wieder die Zeit, sich insbesondere über Fortschritte bei der Transformation zu informieren. Ihre Unterstützung machen sie dabei häufig on- und offline deutlich. Hier setzt die Kurzinterview-Reihe der WV Stahl „Stahl fragt…“ an, bei der sich u. a. der Europaabgeordnete Dr. Christian Ehler den Fragen der Branche stellte.

2023: Die Transformation weiter im Blick behalten

Auch 2023 wird der Fokus der Verbandskommunikation weiterhin auf der Transformation der Branche liegen. Auch soll die Bedeutung der Branche für Klimaschutz, Wertschöpfung und Resilienz betont werden. Dafür ist geplant, den Instrumentenmix von On- und Offline-Formaten weiter auszubauen. Dazu zählt auch, zusätzliche Möglichkeiten für persönliche Begegnungen in Berlin und Brüssel zu schaffen.

Michael Kellner, Staatssekretär BMWK, sendet ein proaktives Signal der Unterstützung in Richtung Stahlindustrie.
Quelle: Instagram

Linked.in gewinnt weiter an Bedeutung

Das Business-Netzwerk linked.in wird zunehmend als Raum für politische Positionierungen und Debatten genutzt. Seit Ende 2020 ist die WV Stahl mit einer eigenen Seite präsent, über die sich mehr als 3.000 Nutzerinnen und Nutzer regelmäßig über die Stahlindustrie in Deutschland informieren. Auch dem persönlichen Charakter des Netzwerks wird Rechnung getragen. Mitarbeitende der WV Stahl leisten wichtige Debattenbeiträge mit eigenen Aktivitäten.

Zwei Branchen, ein Anliegen

#wirsindkreislaufwirtschaft

Die Kreislaufwirtschaft steht in den kommenden Jahren mit hoher Priorität auf der politischen Agenda. Sie ist für die Bundesregierung ein wichtiger Baustein auf dem Transformationspfad hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Hierzu sind verschiedene politische Initiativen auf EU- und nationaler Ebene angekündigt, darunter das Aufsetzen einer Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie.

In einer gemeinsamen Initiative von Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVMetalle) und WV Stahl bündeln beide Branchen, in denen Kreislaufwirtschaft gelernte und gelebte Praxis ist, ihre Kräfte in der politischen Kommunikation. Die Ziele: Umfassend über die Stärken der NE-Metall- und Stahlbranche mit Blick auf die Kreislaufwirtschaft aufklären und Vorschläge für politische Maßnahmen unterbreiten, damit weitere Potenziale in diesem Bereich gehoben werden können.

In einer ersten Phase wurde mit auffälligem Content in den Sozialen Netzwerken auf die Initiative aufmerksam gemacht. Ein weiterer wichtiger Baustein ist eine gemeinsame Landingpage, die alle relevanten Informationen zum Themenbereich Kreislaufwirtschaft für beide Branchen zusammenfasst. Weitere gemeinsame Aktivitäten, darunter Politikbriefe und Positionspapiere, sind im Zeitraum bis Ende 2024 ebenfalls vorgesehen.

Weitere Informationen unter:

› www.wirsindkreislaufwirtschaft.de

Veröffentlichungen
2022

Energiekostenkrise: Politisch gegensteuern und Schäden an der industriellen Basis verhindern
Brief an die Politik

Der Poltikbrief vom Oktober 2022 richtet sich an einen breiten politischen Verteiler und enthält neben zentralen Branchenpositionen insbesondere Daten und Fakten zum Themenbereich Energie.

Wertschöpfungskette Stahl: Nachhaltigkeit im internationalen Vergleich
Studie IW Consult GmbH

Nicht nur die Stahlunternehmen selbst, sondern auch ihre Kunden sind darauf angewiesen, dass ihre Produktion in Deutschland aufrechterhalten werden kann. In dieser Studie werden die Nachhaltigkeitsrisiken der Stahlbranche in Deutschland untersucht, wobei sowohl die Stahlunternehmen selbst als auch ihre Vorleistungskette beleuchtet werden.

Transformationspfade für die Stahlindustrie in Deutschland
Studie Prognos AG

Die Studie legt dar, dass Investitionen in klimaneutrale Produktionsanlagen sowie deren Betrieb mit Mehrkosten verbunden sind und sich transformative Prozesse wie in der Stahlindustrie stufenförmig und im internationalen Wettbewerb vollziehen. Dadurch ergeben sich besondere Herausforderungen für die Unternehmen wie auch für die Ausgestaltung eines geeigneten regulatorischen Rahmens.

Stahlschrott-Außenhandel
Statistischer Bericht 2022

Mit dem Bericht informiert die WV Stahl über die Situation im Stahlschrott-Außenhandel. Er umfasst in komprimierter Form die wesentlichen Kennzahlen in den Kategorien Produktion, Schrottaufkommen und Verwendung sowie Außenhandel, auf deren Basis strukturelle Veränderungen auf den Stahlschrottmärkten sichtbar gemacht werden können.

Statistisches Jahrbuch der Stahlindustrie
2021 I 2022

Das Statistische Jahrbuch Stahl stellt eine Datenbasis bereit, mit deren Hilfe Strukturverschiebungen in der Branche aufgezeigt werden können. Dabei beziehen sich die Angaben nicht nur auf Deutschland, sondern zum Großteil auch auf die EU und alle wichtigen Stahlländer der Welt.

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Stimme für die Stahlindustrie in Deutschland

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl vertritt die politischen Interessen der stahlproduzierenden Unternehmen in Deutschland mit ihren mehr als 80.000 Mitarbeitenden gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Zentrales Anliegen der Organisation ist es, die politischen Rahmenbedingungen für die Zukunft so mitzugestalten, dass am Standort Deutschland Stahl nachhaltig und wettbewerbsfähig produziert werden kann.

Kernauftrag der WV Stahl ist die politische Interessenvertretung. Voraussetzung dafür ist die Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs zu branchenrelevanten Themen: Einbindung in Wertschöpfungsketten, Nachhaltigkeit und Zukunftsorientierung der Industrie als Technologiegeber sind dabei zentrale Elemente. Für eine zielgerichtete Interessenvertretung ist der Verband in Berlin, Brüssel und Düsseldorf vertreten.

Erfahren Sie mehr über die WV Stahl und ihre Aufgaben unter www.stahl-online.de.

© iStock.com/JARAMA

Anprechpartner:innen
der Wirtschaftsvereinigung Stahl

Sie haben eine Frage zu einem bestimmten Thema? Dann kontaktieren Sie gerne die Fachexpert:innen der WV Stahl.

Hans Jürgen Kerkhoff
Präsident und Geschäftsführer
+49 211 6707-110
kerkhoff@wvstahl.de

Dr. Martin Theuringer
Geschäftsführer und Leiter Wirtschaft
+49 211 6707-105
martin.theuringer@wvstahl.de

Tobias Aldenhoff
Außenhandel
+49 211 6707-871
tobias.aldenhoff@wvstahl.de

Achim Beerheide
Verkehr und Infrastruktur
+49 211 6707-876
achim.beerheide@wvstahl.de

Marvin Bender
Kommunikation | Digitale Medien
+49 30 232 5546-50
marvin.bender@wvstahl.de

Gerhard Endemann
Umweltschutz und Nachhaltigkeit
+49 211 6707-456
gerhard.endemann@wvstahl.de

Arnd Finke
Rohstoffpolitik
+49 211 6707-860
arnd.finke@wvstahl.de

Roderik Hömann
Energie und Klima
+49 30 232 5546-10
roderik.hoemann@wvstahl.de

Jennifer Jünke
Recht und Steuern
+49 30 232 5546-20
jennifer.juenke@wvstahl.de

Alexander Klatte
Energie und Klima | Wasserstoff
+49 30 232 5546-40
alexander.klatte@wvstahl.de

Henning W. Reichenbacher
Forschung und Innovation
+49 30 232 5546-30
henning.reichenbacher@wvstahl.de

Klaus Schmidtke
Kommunikation
+49 30 232 5546-15
klaus.schmidtke@wvstahl.de

Natalie Weiß
Büro Brüssel
+32 2 8011387
natalie.weiss@wvstahl.de

Angelika Westmark
Compliance/Clearingstelle
+49 211 6707-697
angelika.westmark@wvstahl.de

Wirtschaftsvereinigung Stahl

info@wvstahl.de
www.stahl-online.de

Französische Str. 8
10117 Berlin
+49 30 232 5546-0

Rue Marie de Bourgogne 58
1000 Brüssel
+32 2 8011387

Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf
+49 211 6707-0

Mitgliedsunternehmen
der Wirtschaftsvereinigung Stahl

AG der Dillinger Hüttenwerke
66763 Dillingen
www.dillinger.de

ArcelorMittal Bremen GmbH
28237 Bremen
https://bremen.arcelormittal.com

ArcelorMittal Duisburg GmbH
47137 Duisburg
https://duisburg.arcelormittal.com

ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH
15890 Eisenhüttenstadt
https://eisenhuettenstadt.arcelormittal.com/

ArcelorMittal Hamburg GmbH
21129 Hamburg
https://hamburg.arcelormittal.com

Badische Stahlwerke GmbH
77694 Kehl/Rhein
www.bsw-kehl.de

B.E.S. Brandenburger Elektrostahlwerke GmbH
14770 Brandenburg
www.rivastahl.com

Benteler Steel/Tube GmbH
33104 Paderborn
www.benteler.com/de/

BGH Edelstahl Freital GmbH
01705 Freital
www.bgh.de/de/standort-freital

BGH Edelstahl Lugau GmbH
09385 Lugau
www.bgh.de/de/standort-lugau

BGH Edelstahl Siegen GmbH
57076 Siegen
www.bgh.de/de/standort-siegen

CMC Poland Sp. z o.o.*
PL 42-400 Zawiercie
www.cmc.com

Deutsche Edelstahlwerke Specialty Steel GmbH & Co. KG
58452 Witten
www.dew-stahl.com

DK Recycling und Roheisen GmbH
47053 Duisburg
www.dk-duisburg.de

ERAMET Alloys GmbH
41189 Mönchengladbach
www.erasteel.com

ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH
01591 Riesa
www.feralpi.de

EZM Edelstahlzieherei Mark GmbH
58300 Wetter
www.ezm-mark.de

Friedr. Lohmann GmbH
58456 Witten
www.lohmann-stahl.de

Georgsmarienhütte GmbH
49124 Georgsmarienhütte
www.gmh-gruppe.de

H.E.S. Hennigsdorfer Elektrostahlwerke GmbH
16761 Hennigsdorf
www.rivastahl.com

Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH
47259 Duisburg
www.hkm.de

Ilsenburger Grobblech GmbH
38871 Ilsenburg
www.ilsenburger-grobblech.de

Karl Diederichs GmbH & Co. KG
42899 Remscheid
www.dirostahl.de

Mannstaedt GmbH
53840 Troisdorf
www.mannstaedt.de

Max Aicher GmbH & Co. KG
83395 Freilassing
www.max-aicher.de

Metal Ravne d.o.o.
SLO 2930 Ravne Na Koroskem
www.metalravne.com

Outokumpu Nirosta GmbH
47807 Krefeld
www.outokumpu.com

Peiner Träger GmbH
31226 Peine
www.peiner-traeger.de

Rogesa Roheisengesellschaft Saar mbH
66763 Dillingen
www.rogesa.de

Saarstahl AG
66333 Völklingen
www.saarstahl.com

Salzgitter AG
38239 Salzgitter
www.salzgitter-ag.de

Salzgitter Flachstahl GmbH
38239 Salzgitter
www.salzgitter-flachstahl.de

Schmiedewerke Gröditz GmbH
01609 Gröditz
www.stahl-groeditz.de

SHS - Stahl-Holding-Saar GmbH & Co. KGaA
66763 Dillingen/Saar
www.stahl-holding-saar.de

Stahlwerk Bous GmbH
66359 Bous
www.stahlwerk-bous.de

Stahlwerk Thüringen GmbH
07333 Unterwellenborn
www.stahlwerk-thueringen.de

Swiss Steel AG
CH 6021 Emmenbrücke
www.swisssteel-group.com

Swiss Steel Deutschland GmbH
40549 Düsseldorf
www.swisssteel-international.de

thyssenkrupp AG
45143 Essen
www.thyssenkrupp.com

thyssenkrupp Electrical Steel GmbH
45881 Gelsenkirchen
www.tkes.com

thyssenkrupp Hohenlimburg GmbH
58119 Hagen
www.hoesch-hohenlimburg.de

thyssenkrupp Rasselstein GmbH
56626 Andernach
www.thyssenkrupp-steel.com

thyssenkrupp Steel Europe AG
47166 Duisburg
www.thyssenkrupp-steel-europe.com/de

Třinecké Železárny, a.s.
CZ 73970 Třinec-Staré Město
www.trz.cz

VDM Metals GmbH
58791 Werdohl
www.vdm-metals.com

Walzen Irle GmbH
57250 Netphen
www.walzenirle.com

Walzwerke Einsal GmbH
58769 Nachrodt
www.walzwerke-einsal.de

WW-K Warmwalzwerk Königswinter GmbH
53639 Königswinter
www.ww-k.net

* bis 31. Dezember 2022

Wussten Sie schon, dass durch Dekarbonisierung der Stahlindustrie knapp ein Drittel der industriellen CO_2-Emissionen eingespart werden kann?

Diese und weitere Informationen finden Sie in unserer Broschüre „Fakten zur Stahlindustrie in Deutschland“.

Fakten zur **Stahlindustrie** in Deutschland

2022

Online blättern unter:

stahl-online.de

Stahl | Wirtschaftsvereinigung Stahl

© adimas/fotolia.com

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Französische Straße 8
10117 Berlin
Telefon +49 30 232 5546-0

info@wvstahl.de
www.stahl-online.de

www.linkedin.com/company/wirtschaftsvereinigung-stahl
www.facebook.com/stahlonline
www.twitter.com/stahl_online
www.youtube.com/stahlonline

Stahl | Wirtschaftsvereinigung Stahl